

Courier

Zentral-Organ für die Interessen
der im Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbe beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.
Publikations-Organ des Zentral-Verbandes der Handels-, Transport-, Verkehrsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Erhält alle 14 Tage Sonntags,
Tages-Abo 10 Pf. pro Quart. Franko geg. Franko 1 M.

Der Courier ist in die Postleitangstelle eingetragen.

Redaktion und Exped.: Berlin SO. 16, Engel-Ufer 21.
Telephon: Amt IV, 950.

Geschäft: 9—1 Uhr Vorm., 8—7 Uhr Nachm. Sonntags geschl.

Redaktionsschluß
am Montag Abend vor Erscheinen des Blattes.
Anverlangte Manuskripte werden nicht zurückgesandt.
Bücher und Reklamationen an die Druckerei.

Ar. 3.

10. Jahrg.

Berlin, den 11. Februar 1906.

Zur Rechtsfähigkeitfrage der Gewerkschaften.

Der Deutsche Reichstag wird sich demnächst mit der Frage zu beschäftigen haben, in welcher Form den Berufsvereinen allgemein die Rechtsfähigkeit verliehen werden soll.

Das Verlangen nach Verleihung der Rechtsfähigkeit an die Arbeiter-Berufsvereine ist, wie unseren Lesern bekannt sein dürfte, leineswegs erst in neuerer Form bestanden.

Wenngleich diese Forderung auch nicht gerade zu denjenigen Positionen gehört, die von der Arbeiterschaft in erster Linie in den Vordergrund gestellt werden und die vielleicht weniger mit derselben Güteschlecht und Bebarrikade verbunden sind, wie z. B. die Aufrechterhaltung und weitere Ausgestaltung des Koalitionsrechtes, so ist ihr doch oft genug von den parlamentarischen Vertretern der Arbeiter und den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern das Wort geredet worden, natürlich immer unter der Voraussetzung, daß dadurch ihren Berufsvereinen mehr Licht und Luft zur freien Entwicklung zugeführt und sie den Querulanten und Schwierigkeiten, die ihnen von seitens mancher Behörden gemacht werden, nicht mehr oder nicht mehr in demselben Maße ausgesetzt sein würden, als es bisher der Fall war.

Schwierigkeiten, die für die Gewerkschaftsverbände darin bestehen, daß man z. B. ihre politischen Leistungen auf dem Gebiete des Unterstützungsrechtes als unter des Versicherungswesens fallende beherrschte. Zu diesem Zwecke sollten die Berufsorganisationen der Arbeiter die Eigenschaft einer juristischen Person zu erwerben suchen, um falls ein solches Gesetz ins Leben trate, es ist übrigens für die Lage und die Verhältnisse in Beziehung auf die wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeiter in Deutschland bedeutsam, daß man sich genötigt sieht, sich eines solchen Schutzes vor etwaigen behördlichen Belästigungen erst noch zu versichern, was gewiß unnötig wäre, wenn für die Arbeiter eine lokale Anwendung des Koalitionsrechtes bestünde.

Auf die parlamentarische Tätigkeit und Bemühungen auf diesem Gebiete, denen sich die sozialdemokratischen Abgeordneten im Deutschen Reichstage im Interesse der Sache unterlegen, wobei sie auch die Unterstützung bürgerlicher Volksvertreter sanden, ist es zurzeit zu schließen, daß die Reichsregierung die Verleihung der Rechtsfähigkeit an die Arbeiter-Berufsvereine in Aussicht stelle. Das war auch alles, denn in solchen Dingen arbeiten Regierung und parlamentarische Interessentenrichtungen nicht so schnell, als wenn es sich um die Einführung eines ihnen günstigen Bollartars handelt; obgleich die Verleihung der Rechtsfähigkeit an die Arbeiter-Berufsvereine, man mag mühsame Müllerschaft so hoch oder so niedrig einschätzen wie man will, für Millionen Arbeiter ein Interesse hat, wohingegen die Einführung eines Bollartars nur im allgemeinen Interesse gewölfer, an Zahl zwar geringer, aber in einem großer Kreise liegt.

Es steht also fest, daß man auf maßgebender Stelle also genügend gesäßt, eine der Rechtsfähigkeit der Arbeiter-Berufsvereine dienende Vorlage dem gegebenen Körper zu unterbreiten. Aber es liegt vor einiger Zeit, daß die Verhandlungen darüber auf ein totes Geleis geraten seien, indem von einigen Regierungen ein schwächerer Überbruch hervorgebracht sei, als man erwartet habe.

Es liegt also durchaus nicht verbürtiglich, wenn man berücksichtigt, daß, wie es weiter heißt, einflussreiche Stimmen in der bürgerlichen Regierung in einer Verleihung der Rechtsfähigkeit an die Arbeiter-Berufsvereine ein Haar gefunden haben wollen und darum der Sachen nicht sympathisch gegenüberstanden. Natürlich! Die Scharmächerischen Bestrebungen haben Oberbasse beflossen, die wenigstens angeblich in der Anerkennung der Berufsvereinigung — natürlich nicht ihrer, sondern der der Arbeiter — eine Gefährdung des Staatsinteresses erblickt und deshalb die Einbringung einer der Sachen dienenden Vorlage zu verhindern suchten.

Daher diese Vermuthung nicht unberechtigt ist, verrät die fröhne „Kreuzzeitung“, indem sie in ihrer Weise die vor einiger Zeit in England sich wiederholende Verurteilung der Trades-Unions (Gewerkschaften) zum Schaden der wegen Handlungen, namentlich wegen Streiks ihrer Mitglieder, zum Gegenstande ihrer Verhandlungen macht und — natürlich von ihrem Standpunkt aus — die schweren grundsätzlichen Bedenken“ betont, die eine Verleihung der Rechtsfähigkeit an die Arbeiter-

Berufsvereine bei ihr herborruft. Diese Bedenken bestehen für die „Kreuzzeitung“ und die ihr nahestehenden Kreise darin, indem sie annehmen, daß die Rechtsfähigkeit in erster Linie den sozialdemokratischen Gewerkschaften zu gute kommen und deren Propaganda stärken würden. Es ist dies übrigens ein Beweis dafür, wie sehr jede von der Regierung unternommene Maßnahme oder Unterlassung daraufhin untersucht und eingeschaut wird, wie sie auf die Sozialdemokratie wirkt. So sehr dieses zwar ein Kompliment vor der Sozialdemokratie ist, so sehr ist es aber auch ein recht deuermischer Weg, auf dem man dahin gelangen kann, jede dem Gewerkschafts- oder dem Interesse der Arbeiterschaft dienende Institution von vorneherein unmöglich zu machen.

Freilich, unter einer Bedingung bestünde bei den herrschenden Interessentenrichtungen für die Verleihung der Rechtsfähigkeit an die Berufsvereine der Arbeiter eine Möglichkeit, und die läge darin, daß man ein solches Gesetz mit derartig reaktionären Maßnahmen umgehe, daß es für die Arbeiter nicht nur völlig wertlos, sondern sogar geeignet wäre, ihre gewerkschaftlichen Erfolge für die Zukunft unmöglich zu machen, indem es hierzu unbegrenzte Möglichkeiten schaffe.

Man ist auch offenherzig genug, das heute schon zu verraten, indem man darauf hinweist, daß „diese Organisationen nicht bloss mit den Rechten, sondern auch mit den Pflichten der juristischen Personen ausgestattet“ wären. Zu diesen Pflichten gehört natürlich die Ersatzpflicht für alle diejenigen Schäden, welche Mitglieder der betreffenden Gewerkschaften verursachen und zu denen sie durch die Gewerkschaften mittelbar oder unmittelbar angestiftet worden sind.

Das ist recht deutlich gesprochen, und zwar so deutlich, daß sich über die Absichten in jenen „arbeiterfreundlichen Kreisen“ niemand täuschen lassen wird, der den Vorgängen gefolgt ist, die erlernen lassen, mit welchem „Wohlwollen“ in gewissen gesellschaftlichen Regionen die Gewerkschaftsbewegung in Deutschland betrachtet wird.

Lehrlihens wird in dem mehrfach genannten Blatte außerdem auch noch ein Begriff von der Pflicht der juristischen Person“ konstruiert, der ganz falsch ist. Vielleicht geschieht dies deshalb, um die Sache auf den ersten Blick als unverhängt erscheinen zu lassen. Die Hoffnung der juristischen Person erstreckt sich auf die Schäden, die durch diese als solche entstanden sind, d. h. auf bestimmte Gesellschaften usw., nicht aber auf solche, die durch einzelne ihrer Mitglieder verursacht worden sind. Wolle man eine Uniformierung dieses Begriffes in dem Sinne herstellen, wie es von der „Kreuzzeitung“ versucht wird, so führt das unzweckmäßig zu einer Rechtsunsicherheit und zu einer Ausnahmetreatment im Rechtsleben, unter der lediglich die deutschen Arbeiter an leben hätten.

Für eine Rechtsfähigkeit in dieser Ausgestaltung werden die Arbeiter bestens danken. Sind die gewerkschaftlichen Vereinigungen der Arbeiter ohne diese Rechtsfähigkeit zu Institutionen geworden, mit denen gerechnet werden muß, wie dies durch die Beendigung der Ausprägungen in Bayern und Hessen-Württemberg bewiesen worden ist, so können sie mit dieser Rechtsfähigkeit, die wohl nur durch Konzeptionen ihrerseits erlaubt werden könnte, ihre bisherige Machstellung und ihren Einfluß einbüßen.

Um schließlich in dieser Frage noch eine Stimme zu Worte kommen zu lassen, die nicht aus den Reihen der sozialdemokratischen Gewerkschaften“ ertönt, bringen wir hier die Ausführungen, die vor einiger Zeit Professor Werner Sombart in einer Fachzeitschrift erlassen hat und die folgendermaßen lauten:

„Man kann auf Grund dieser Erwägungen sich die Frage vorlegen: ob denn überhaupt die Vorteile, die den Arbeiterorganisationen aus der Rechtsfähigkeit erwachsen würden, vom Standpunkt der Arbeiter aus solcher Art sind, daß man jener Reform irgend einen erheblichen Wert beimessen soll? Daß es auch ohne diese geht, lebt die Erfahrung. Gewiß: man würde den Geschäftsbetrieb in mancher Hinsicht erleichtern. Das wäre aber auch alles. Auf selinem Fall aber dürfte die Gewährung der Rechtsfähigkeit mit der geringsten Koncession seitens der Arbeitervereine erlaubt werden: das wäre sie nicht wert. Und es ist garantiert ausgeschlossen, daß die Regierung solche Koncessionen verlangt. Die Chikanen, die die deutsche Gewerkschaftsbewegung von seitens der Behörden ausgeübt ist, sind heute schon so zahlreich, daß auf keinen Fall Gelegenheit geboten werden darf, sie zu

vermeiden. Auch darauf müssen die deutschen Arbeiter ihr Augenmerk richten, daß durch den Erwerb der Rechtsfähigkeit nicht etwa ihre vermögensrechtliche Fassung den Unternehmern gegenüber (in Streitfällen) verschärft wird. Sie sollen des alten Verses eingedacht sein: „Timeo domino et bona ferentes“ (Ich fürchte die Donaer (Götter), auch wenn sie Geschenke bringen); so lange die Verwaltung und die Gerichte eine so ausgeschrittenen feindselige Haltung der Arbeiterbewegung gegenübernehmen, wie es bei uns der Fall ist, muß jede gesetzliche Neuerung in erster Linie immer nur daraufhin geprüft werden, ob sie nicht etwa die Handhabe zum Schikanieren der Gewerkschaften vermehrt. Es mag daran erinnert werden, daß selbst die amerikanische Arbeiterschaft (deren Organisationen ebenfalls noch der Rechtsfähigkeit entsprechen) dabei doch die mächtigste der Welt ist! Sie aus Angst vor behördlicher Drangsalierung in ihrer überwiegenden Mehrheit lebt gegen die Gewährung der Rechtsfähigkeit.“

Ich lasse mein Urteil in folgenden Sätzen zusammen: Die Anforderungen, die man an juristische Sauberkeit stellen muß, lassen es als geboten erscheinen, daß die Arbeiterorganisationen volle Rechtsfähigkeit erhalten. Gewahrt für den Bestand des Deutschen Reiches sind mit einer solchen gesetzlichen Neuerung nicht verbunden. Die daraus den Arbeiterverbänden erwartenden Vorteile sind so minimale, daß sie nicht die geringste Konzeption wert sind. Sozialpolitisch würde die Maßregel eine quantitative Ungefährlichkeit (Große, die so unbedeutend ist, daß man sie nicht in Betracht zu ziehen braucht) sein. Vor allem gilt es dagegen Einspruch zu erheben, daß damit irgend ein wesentlicher Fortschritt auf der Bahn der sozialen Reform erzielt würde, der nun endlich die Regierung mit dem Nimbus der Arbeiterschönlichkeit zu umgeben geeignet wäre.

Dieses Urteil, das in seinen Ausführungen enthalten ist, trifft, wie die Verhältnisse in Deutschland nun einmal liegen, durchaus das Richtige. Deswegen werden die organisierten Arbeiter Deutschlands gewiß wachsen. Und es mag dúvida, sondern dagegen entschieden protestieren, wenn man durch Kompensationen, wie sie in der „Kreuzzeitung“ genannt sind, der Verleihung der Rechtsfähigkeit eine reaktionäre Ausgestaltung geben wollte. Die Gewerkschaften sind heute schon so stark geworden, daß sie auch ohne juristische Rechtsfähigkeit ihre gestalteten Ziele erledigen können. Und schließlich entscheidet im Massenkampfe nicht die Rechtsfähigkeit, sondern die Macht.

Posenauer Straßenbahn-Idylle.

Wie die Direktion der Straßenbahn, das kleine Häuschen, welches zu ihren Füßen sich trümmt, vermehren will, zeigen folgende wellenbewegende Vorstellungen. Erstens: Der Kontrolleur Goedt bekam für 25 Jahre Dienstzeit das allgemeine Grenzeichen. Zu diesem Feste wurden sämtliche freihabenden Angestellten durch Verlösung verordnet, auch sollten diejenigen, welche im Dienst waren und zu der Zeit auf kurze Zeit abkommen könnten, der Sache dienwohnen.

Bei der Krankenlassenschein, wo es galt, von Rechten Gebrauch zu machen, wurden die Angestellten nicht so dringend eingeladen. Aber jetzt wurde im Bureau notiert, wer etwa von den freihabenden Leuten nicht zugegen war.

Die Sache verließ, wie solche Dinge gehörsichtig erlebt werden. Zu bemerken ist noch, daß den Angestellten allgemein die Ansprache des Polizeipräsidenten von Posen gefallen, der in fälschlichen Worten unparteiisch, aber zum Segen des Leute gesprochen hat.

Müßte der Polizeipräsident, wie man dort mit den Leuten umgeht, er würde vielleicht doch anders gesprochen haben. Wir aber werden dafür sorgen, daß die ganzen Zustände den maßgebenden Behörden und auch dem breiten Publikum bekannt werden.

Am Mittwoch darauf hatte die Direktion durch Verlösung sämtliche Angestellten zum Bierfest im „Restaurant zum Zauber“ eingeladen. Die Biermärkte mußten sich die Angestellten holen und wurde dann angefeindet, wer welche hat, wahrscheinlich, um zu konstatieren, wer diese Wohltat vergrößert hat. Es hatte die durchschnittlich jede Person 3—4 Glas Bier und 2 Zigarren erhalten, einzeln vielleicht noch mehr.

Wenn nun die Direktion glaubt, daß die Massenbewußten Angestellten für Bier und Zigarren ihr Massenbewußtsein verlaufen werden, so tut sie, die Leute wollen

sein Almosen, sondern nur das, was nach den jetzigen teuren Verhältnissen berechtigt ist, eine bessere Vöppung. Selbstverständlich ist solch ein Bierfest billiger wie eine Vorfahrtfeier, aber davon haben die Frauen und Kinder der Angestellten nichts, davon kommt kein Stück Brot mehr auf den Tisch, aber man macht sich einen guten Namen damit und vorenthält nach Willkür die zufließenden Gehaltszuflüsse.

Diese Mittel sind zu plump und offenkundig, als daß nicht jeder die Absicht merken sollte. Man will die Kollegen dem Verbande absonderlich machen, damit man es wieder mit ihnen machen kann, wie früher.

Rini, jeder weiß ja, was er zu tun hat, wir laufen keinen durch Bier und Blasen, aber die Kollegen wissen ganz genau, durch wen sie die Zulage 1904, sowie die Belebung der Dienstzeit erreicht haben, wäre damals der Verband nicht für sie eingetragen, so würden heut noch die alten Zustände herrschen und mancher Führer noch mehr mit der Nase auf der Brennurstube liegen.

Nachdem nun die Gemüter in angenehmer Stimmung waren, kam der feierliche Alt der Verleihung von Abzeichen für ältere Führer und Schaffner, die aus einem Gegenstand von Gold oder Blech hergestellt sollen und läßbar zu tragen sind. Von dieser Auszeichnung natürlich aus lauter Gerechtigkeitssinn der Direktion nur deren Freude betroffen worden.

Trotzdem auch andere, die ebenso lange und gut ihrem Dienst verheissen haben, anwesend waren, wie meinen nicht etwa Verbandskollegen, o nein, aber andere, die nicht Potenträger der Direktion waren, folgedessen auch keine Belebung zu erwarten hatten. Wenn wirt sich ein einzelner Prämiert hat, so kann sich jeder Unbesangene ein Bild von der Gerechtigkeit der Direktion machen.

1. Ein Oberfährer, der schon manchen ausgeleert haben soll, hatte vor ca. 8 Tagen eine schwere Karambolage, indem er die Welle durchfahren hat, er beschädigte einen anderen Straßenbahnen sehr stark. Nun besteht bei den Straßenbahnen die Verfügung, daß der Betreifende so etwas sofort zu melden hat; die Kollegen haben aber nichts von einer Meldung bemerkt. Nun kam aber nicht etwa, wie gewöhnlich, wenn es ein anderer minder verdächtig ist: "Der Führer so und so hat das und das getan und ihm paßt folgendes" — sondern man schlug sich über den Namen dieses Prämierten aus und brachte eine Verfügung. Nach dem Vorlommis von dem Tage wußt' ich das folgende zu beachten resp. zu machen, um solche Karambolagen zu vermeiden.

Warum diese Ausnahmen? Was einem recht ist, ist dem andern billig.

Es lagen auch noch andere Gründe zur Prämiierung bei diesem Herrn vor; derselbe soll Abstinenzler sein und hat mal, wahrscheinlich, weil er aus Versehen Schnaps statt Wasser bekommen hat, auf dem Strecke nach dem Bahnhof im Wagen nebenein gelegen. Wahrscheinlich hat ein böser Kollege ihm den Schnaps in die Wasserflasche gegossen, um dem Brabine Schaden zuzufügen, denn unter den anderen Prämierten befindet sich auch jemand, dem es unbedingte Freude macht, wenn er jemand betrunken machen kann, da lädt er es sich schon was kosten.

Dah der erst Angeführte mal aus Liebe zur Abstinenz auf der Halbdorfstraße bei Großer anhielt und den Schaffner nach Schnaps schickte, tut nichts zur Sache.

Daß einige von den Prämierten besondere Charaktereigenschaften haben, wie während des Dienstes zu sagen: Wenn der Wagen voll, geht der Mund über und wieder ein anderer so lange läuft, bis er sinnlos nach Hause kommt, das sind Angelohnheiten, die einer Belohnung wert sind. Man muß aber auch gerecht sein und konstatieren, daß auch unter den Prämierten charakterlose Leute sind, die, wenn gleich nicht Verbandsmitglieder, sich doch nicht zum Schwarzen herabgelördigt haben.

Nun hat der Herr Direktor selber sich versagt, daß die Zeitungen so viel Schlechtes von ihm schreiben, warum nimmt man die Nebeldächer nicht beim Kragen, wenn sie das nicht beiweisen können, was sie schreiben? Wenn die Leute nicht schlecht behandelt werden, oder ihren Familien durch horrende Strafen und brutale Maßregelungen das Brot vom Tische gerissen wird, so wird auch niemand etwas über Missstände schreiben. Und bei etwas gutem Willen wäre es dem Herrn Direktor wohl gelungen, eine kleine Zulage für die Angestellten herauszuholen. Mit Bier und Zigarren fühlt man nicht die hungrigen Kindermäuler der Angestellten. Einmal mehr Entgegenkommen und man braucht die Leute nicht durch Bier an sich zu ziehen.

Zum Schluß fügten die Getreuen der Direktion sich noch vorwärts, den Direktor auf die Schultern zu heben und hochzuladen zu lassen.

Nun wollen wir die Hoffnung aussprechen, diese beiden Gesellschaften mögen dazu führen, daß die Angestellten auch seitens der sogenannten Aufsichtsbeamten, Kontrolleure usw. besser behandelt werden.

In den "Pos. R. Nachrichten" war zu lesen, daß die Angestellten zu Ehren des Kontrolleurs Goedt das Bierfest gegeben haben. Das stimmt wohl auch nicht, sondern es war die Direktion.

Ein Beweis, wie man verachtet, die entzogene Ganztagssumme zu rechtfertigen, bildet wieder ein Prozeß, den ein Schaffner, dem man 160 M. Gehaltssumme entzogen, gegen die Direktion angestrengt hat. Der Prozeß ist dieser Tage zum vierten Male verhandelt worden; was dabei herauskommun wird, dürfte interessant sein. Der Mann war ca. 6 Jahre bei der Straßenbahn, wenn er nun, wie in der Gegenschrift zur Klage bewertet wird, gar so miserabel in seiner Führung war, weshalb hat man ihn da nicht bestimmt, wo den Kollegen Pradovit, der sich gut geführt hat? Es sind dem Kläger eine Masse Unregelmäßigkeiten vorgeworfen worden, die denselben in einigen Fällen als direkte Unehrlichkeit bezeichnet, im nächsten werden dieses bezeugen, welche ebenfalls von mehreren Fällen, wie Dienstverspätung und solchen, wo Personen bei Ausgabe von Fahrscheinen übersehen worden waren, können einzelne sogenannte Verfehlungen gar nicht als solche aufgesetzt werden; d. h.

Am 26. 3. 03 unterließ er Festsitzung eines Fuhrwerks, mit dem er karamolierte.

Grund: Das Fuhrwerk raste davon, daß es niemand hatte notieren können; der Schaden: Farbe im Grabe eines 50 Pf.-Stücks abgekratzt.

Am 2. 12. 03 blieb der Verbrecher eigenmächtig vom Dienst fort.

Grund: Seine Frau war erkrankt, was durch Vorlage eines ärztlichen Attestes beweißen wurde.

Am 6. 12. 03 wurde in dieses Schaffners Wagen ein Beutel mit ca. 3 M. zurückgeschmissen, den er angeblich nicht gefunden haben will, bei gehöriger Befolgung seiner Vorschriften aber hätte finden müssen?

Hieraus dürfte Kläger nach Beendigung des schwebenden Prozesses Privatausgabe wegen Beleidigung erheben.

Am 2. 4. 04 kam Betreffender früh 3 Stunden zu spät.

Grund: Krankheit!

Am 24. 5. 04 erschien er nicht zum Appell.

Grund: Es war dieser bereits Wohnbewegung, da angeblich die Lohnfrage schon durch den Gauleiter Zimmer geregelt war, hieß Kläger es nicht wichtig, zu erscheinen.

Am 29. 8. 04: Beschwerde des Spediteurs Tuch über großes Vertragen.

Grund: Bezeichnet Kläger als nicht zutreffend.

Am 18. 9. 04 prahlte sich Kläger des Nachts nach einer staatsgebundenen Abteilung mit einem anderen Schaffner.

Grund: Soll nicht stimmen, indem sich Essel und Bär geprahlt haben, welch letzter dann im Bureau erzählt hat, er hätte mit einem Gemüllkorb eins auf die Nase bekommen.

Am 19. 2. 05 gab Kläger einen Umsteigefahrsturz aus, wahrscheinlich ein Fahrrad, den ein früher in dem Wagen gefahrene Gast hatte liegen lassen?

Kläger Privatausgabe folgen.

Am 19. 8. 05: Vorrichtsmäßige Kuppelung von Motor- und Beiwagen untersagen.

Soll Schaffner Pantostift gewesen sein.

Am 28. 7. 05 stand er an der Hochstraße in Altona, wo damals der Vertrieb unterbrochen war, mit anderen Angestellten umher, ohne die bereits herangekommene Absatzzeit zu beachten. Der Wagen war bereits mit Fahrgästen gefüllt und der Kontrolleur mußte den Kläger erst heranholen.

Bei dieser Auseinandersetzung soll der Angestellte Sawahl eine Badspalte bekommen haben, die ihm aber der Führer Plaum gegeben haben soll, nicht, wie behauptet wird, der Kläger. Kläger hat 2 M. Sawahl 3 M. Strafe zahlen müssen.

Für diese Vergehen behauptet Kläger ca. 8 Marktstraße bezahlt zu haben und außerdem ist die ihm auftrende Zulage im Gesamtbetrag von 160 M. entzogen worden.

Für die Möglichkeit der Angaben übernimmt der Kläger die volle Verantwortlichkeit.

Man sieht also, doppelseitige Bestrafung für ganz geringfügige Vergehen.

In einem ähnlichen Falle, Strzyzynski, hat die Straßenbahn die entzogene Zulage zahlen müssen, höchstens kommt es auch in diesem Falle dazu.

Daher richten wir an die Kollegen Straßenbahner die Ermahnung: laß Euch nicht einschöpfen, halte selber dann je zum Verbande, denn statt der so dringend benötigten Zulage gibt man Euch Zigaretten, Bier und Lederhosen! Schaut Ihr dann Eure Tage deiner? Kein Euer Platz ist nicht zu Silben der Direktion, sondern an der Seite der klassenbewußten Kollegen! Organisiert Euch bis auf den letzten Mann, schert Euch nicht um die Deformationen, ein klassenbewußter Arbeiter verlangt keine Deformation, sondern gute Behandlung und zeitgemäßen Lohn. Den Arbeitgebern muß alles abgerungen werden, freiwillig geben sie nichts. Wer noch nicht im Verbande ist, hörn, damit wir an der Befreiung der Mißstände arbeiten können.

Aus unserem Beruf.

Bierfahrer.

Böbliger b. Leipzig. Der Brauereibesitzer Berndt, Ing. Herr Baumann in Böbliger, gehört dem Brauereiverbande Leipzig als Mitglied an und hat als solcher auch den vereinbarten Lohntarif mit anerkannt. Zwischen Anstellung und Einkaufung macht aber auch dieser Unternehmer einen großen Unterschied, indem wir wiederholten konstatieren können, daß die tariflichen Bestimmungen nicht eingehalten wurden und wir uns infolge dessen verunsichert haben. Beschuldigt bei dem Brauereiverbande Leipzig mit dem Ergebnis einzutreten, dafür zu sorgen, daß der vereinbarte Lohntarif in allen seinen Teilen auch von der Brauerei Böbliger eingehalten werde.

Auf unsere Beschwerden wurde meistens nur ausweichend gearbeitet, Tariförderlich bestätigt und alles auf ungünstige Information zurückgeführt, so daß unsere Eingaben gewöhnlich sowiel Erfolg hatten, als wenn einem Ochs ins Ohr gekniffen wird.

Nachdem wir abermals feststellen konnten, daß die tariflichen Vereinbarungen seitens der Firma umgangen waren, so blieben die Bierfahrer und Kellerarbeiter kein anderer Ausweg mehr offen, als die Arbeit zu verweigern, was auch gefahrvoll, indem die Kollegen 5 Tage vor dem "Fest der Liebe" in den Streik eintreten.

Bei den dann statthaften Verhandlungen zwischen Herrn Baumann und Vertretern unserer Organisation wurde vereinbart, daß den länger im Betrieb tätigen Arbeitern für geleistete Sonntagsarbeit eine Pauschalsumme gezahlt werde, über deren Höhe man sich noch nicht einigen konnte. Seitens unserer Verbandsvertreter wurde nun, um die Angelegenheit aus der Welt zu schaffen, der Vorschlag gemacht, daß den seit dem 1. Februar des Tarifs im Betrieb tätigen Arbeitern eine Pauschalsumme von 26 M. gewährt werde, hingegen den später eingetroffenen der volle Betrag. Über letzteres wurde eine Einigung erzielt; hingegen daß sich der Unternehmer zu ersterem Vorschlag eine Bedenktzeit von 14 Tagen aus, um die Sache berechnen zu können, dabei tat er noch

ganz entrüstet, als wir ihm entgegneten, daß bei Nichtfestsetzung der Summe er schließlich auch nur 50 Pf. als Pauschalzahle zahlen könnte. Da nun nach Ablauf dieser Frist uns immerhin weitere Wege offen standen, so erklärten wir unser Einverständnis.

Bei den weiteren Differenzen, wie Arbeitszeit, Aufenthaltsraum, Aufschaffung von Schränken und Auslösung, kam eine Einigung in der Weise zusammen, daß die tägliche Arbeitszeit nicht mehr um 5, sondern um ½ 6 Uhr morgens beginnt und um 6 Uhr abends beendet wird, Arbeit darüber hinaus wird als Überarbeiten bezeichnet. Der für Arbeiter bestimmte Aufenthaltsraum wird mit einem Oden verlesen, desselben sollen Schränke zum Aufbewahren der Essensfachen ausgestellt werden. Für das Nachfragen bei der Kundschafft nach Bestellung wird den Fahrräder eine entsprechende Entschädigung gewährt. Die Sonntagsarbeit wird in Zukunft abwechselnd ausgeführt und nach den Seiten des Tarifs entlohnt, auch werden Ferien nicht mehr vorenthalten.

Mit diesem Zugeständnis erklären sich die Kollegen einverstanden und nahmen nach 3 stündigem Ausspruch die Arbeit wieder auf.

Wie wurden aber die Kollegen enttäuscht, als ihnen beim ersten Lohntag anstatt der erhofften 26 M. nur 5 und den jüngeren Kollegen 3 M. Extraentschädigung gewährt wurde.

So hielten die Kollegen denn doch nicht gewettet und Einstimmigkeit herrschte darüber, den Kampf von neuem aufzunehmen. Nachdem wir uns dann nochmals mit dem Brauereiverbande Leipzig in Verbindung gesetzt hatten, erhielten wir am 25. Januar die Nachricht, daß die Firma die Entschädigung in der von uns gewünschten Weise zahlen werde, auch die übrigen Differenzen sollten, sobald nicht schon Abhilfe geschaffen sei, sofortige Erledigung finden.

Somit hat auch diese Bewegung mit einem Erfolg für die Kollegen geendet und durfte es allerding zu den Seitenheiten gehören, daß 5 Tage vor Weihnachten Bierfahrer und Kellerarbeiter in einen Lohnkampf eintreten. Der Erfolg war aber nur möglich durch die Einigkeit der Kollegenschaft.

Iivenau b. Leipzig. Eine interessante Personalveranstaltung der Brauerei Iivenau fand am Sonntag, den 28. Januar statt. Die Veramtungen beschäftigten sich zunächst mit der, ohne Befragung des Arbeiterausschusses, seitens der Betriebsleitung zur Einführung gebrachten Kontrollmarke. Durch Sammlung von Unterstrichen war festgestellt worden, daß der im Betrieb tätigen Arbeiter sich mit der Einführung dieser Marke nicht einverstanden erklärten könnten und die Abhängung derselben forderten. Eine Sammlung, welche wegen dieser Angelegenheit bei der Direktion bereits vorliegt geworden war, hatte die Abschaffung der "Vierschlemarke" nicht erreicht; vielmehr hatte sich die Mehrheit von der Direktion gründlich einleben lassen. Als Grunde zur Einführung dieser Marke diente der Betriebsleitung das eine, indem sie der Kommission gegenüber erklärte, es sei in der Brauerei soviel geslossen worden und dieses sei die Veranlassung, daß solche Maßnahmen durchgeführt würden. Wer und wo aber geslossen worden war, hatte die Kommission durchdringen ließen, sich mit der Sache einverstanden zu erklären, deshalb wurde an ihrer Tätigkeit nicht nur eine scharfe Kritik geübt, sondern auch das entgegengebrachte Vertrauen in ein recht fragwürdiges Licht gestellt. Ganz besonders wurde verurteilt, daß nur ein Teil des Personals die "Kundemarke" mit herumtragen müßt, während der andere Teil davon verschont bleibt, doch ist hierbei nicht ausgeschlossen, daß gerade die letzteren von der Betriebsleitung sämtlich dazu bestimmt sind, in Zukunft mit einem Ring durch die Faust zu herumzulaufen.

Wegen dieser Sache waren als Referenten nicht nur der Gauleiter des Brauereiarbeiterverbandes erschienen, sondern auch noch 3 Männer vom Agitationskomitee. Unter letzterem befand sich einer, der vor wenigen Wochen erst dem Brauereiarbeiterverband beigetreten ist und dem wir wegen seiner Unfähigkeit niemals einen Posten in unserem Verband hätten übertragen können, der sich schließlich aber sehr gut dazu eignete, daß ihm die Iivenauer Kollegen die "Vierschlemarke" auf den hinteren Teil der Hosen hielten, um damit den "Bärenführer" abzugeben.

Der zweite Tagessordnungspunkt betraf die Entlastung unseres Kollegen Brauendorf in der Niederlage des Meldis. Die Kollegen Bierfahrer hatten im Beisein des Arbeiterausschusses sich in einer Betriebsversammlung mit dieser Angelegenheit beschäftigt, konnten die Gründe der Entlastung nicht erläutern und verurteilten daher nicht als stichhaltig annehmen und verlangten dessen Wiederaufstellung. Der Arbeiterausschuss erklärte sich nicht für kompetent, in dieser Sache einzutreten, weshalb von unserer Verbandsleitung die nötigen Schritte unternommen wurden. In der Versammlung erstaunte der Schriftführer unserer Leipziger Verwaltungsstelle Bericht, aus dessen Ausführungen hervorging, daß durch energetisches Eingreifen der Organisation die Brauereileitung beschlossen hat, Brauendorf in Zukunft in der Brauerei Iivenau weiter zu beschäftigen.

Eine schwere Kritik übte Redner an der Handlungswelt des Bierverlegers Hart Schulze im Meldis, welcher zur Versammlung eingeladen und auch erschienen war und der nur deshalb den Kollegen R. entlasten hat, weil F. von dem § 152 der Gewerbeordnung Gebrauch machte. Die schwärfliche Verurteilung erfuhr noch das ausgestellte Zeugnis. Mit Recht wurde betont, daß dieses Dokument verdient, im Museum aufbewahrt zu werden.

Nach Verlesung der verschiedenen Schriftstücke wurde in die Diskussion eingetreten, die sich infolge auch recht interessant gestaltete, indem Herr Schulze wiederholt das Wort nahm und recht konsequent Ansichten entfaltete. Besonders betonte er, daß 20 M. Wochenlohn bei unbemerkbarer Arbeitszeit für einen Bierfahrer genügend sei,

aufßerdem habe F. seine Leute aufgefordert, und das ließe er sich nicht gefallen.

Die verschiedenen Diskussionsredner verurteilten die schamhaftere Art des Herrn Schulze; besonders war es der Genosse Sonntag, der eine Kaltwasserabreibung an den Herrn Sch. vornahm, und der Kollege Bär, welcher

den Herrn daran erlittene, daß er früher auch nichts weiter als Bierschäfer gewesen sei und häufig des Sonnabends genau so auf die paar Biermäuse Vohn gelauert habe, wie der Teufel auf die arme Seele.

Nachdem der Berichterstatter sich nochmals Herrn Schulte vornahm und ihm klar mache, was eine gewerkschaftliche Organisation zu bedeuten hat und welche Aufgaben die Mitglieder derselben zu erfüllen haben, da nahm sich Herr Schulte so, als habe er sich in die Bremensetzung gesetzt, und wolle wir dem Herrn nur raten, in Zukunft etwas anders mit seinen Untergebenen zu verfahren, sonst könnte die Möglichkeit nicht ausgeschlossen sein, daß die Direktion auf seine "hervorragende Arbeitskraft" denn doch Veracht leistet.

Gehaltsarbeiter.

Berlin. Abzahlungsklassifizierter. Die Kollegen waren am Donnerstag, den 18. Januar, versammelt, um zu dem von den Münchener Kollegen aufgestellten Tarif Stellung zu nehmen. Da die Lohnverhältnisse in Berlin fast in jedem Geschäft verschiedenartig sind, so ist es an der Zeit, auch hier mal gezeigt werden, welche Verhältnisse zu diesem Zweck werden in nächster Zeit Bragesbogen ausgegeben werden, und auf Grund derselben soll der Tarif für Berlin geschaffen werden. Wenn die Kollegen für die nächste Saison in einer Lohnbewegung eingetreten wolle, so ist es Sache der Vertrauensleute, diese Bragesbogen soweit als möglich durchzuführen.

Der zweite Punkt der Tagesordnung, welcher die Büros bei der Firma G. Röhlisch, Hobby-Bazar, Brunnenstraße 16, betraf, stand seine Erledigung durch die Erklärung, daß die Klärung von Seiten des Chefs übernommen wurde. Trotzdem muß diese Firma, welche sich durch überaus traurige Bezahlung ihrer Angestellten auszeichnet, mal trifft werden. Ein günstiger Wind wehte uns den nachfolgenden Vertrag aus den Händen:

"Ich bestätige, von Ihnen als Einlasserer und Veräußer gegen ein wöchentliches Salair von 12 M. und 2 p.C. Provision ausdrücklich gegen tägliche Klärung engagiert zu sein."

Für Verläufe, welche sie abziehen, erhält ich 10 p.C. Provision auf Nähmachinen, 5 p.C. auf alle anderen Waren, wovon ein Zinsel der Provision im Geschäft verbleibt. Bei Retouren habe ich sofort die Provision zurückzuzahlen."

Ein allgemeines "Psst!" war die Antwort, als die Versammlung von diesem Vertrage Kenntnis genommen hatte. Jetzt wurden die Kollegen neugierig und fragten an, was denn eigentlich bei der Firma vorgefallen sei; über eine derartige Firma sollte man nicht länger schwelgen.

Kollege Ludowic erklärte folgendes: Ein bei dieser Firma beschäftigte Kollege wollte den Neujahrsitag im Kreise seiner Angehörigen verbringen und ließ seine für diesen Tag bestimmte Tour ruhig im Geschäft liegen. Als der Kollege am Sonntagnachmittag (Sonntag, den 31. Dezember) total ermittel von seiner Tour nach Hause kam, fand er folgende Karte vor:

"Sierdurch ersuche ich Sie, sich Ihre Tour zu Montag (Neujahrsdag) am Sonntag, den 31. 12. 05, bis nachmittags 4 Uhr hier, Brunnenstr. 16, abzuholen, da unbedingt lassiert werden muß."

Achtungsvoll

(Eigenhändig unterschrieben.)

Der Kollege möchte sich nun schämlos auf den Weg, um seine Tour zu holen und geriet bei dieser Gelegenheit mit dem Chef in Konflikt, und die Folge war die Klärung. Nachdem nun eine Aussprache mit sämtlichen Kollegen der Firma stattgefunden, wurde dem Geflügelstück anheim gegeben, nochmals vorstellig zu werden, die Rücknahme der Klärung. Erst war der Chef dafür nicht zu haben, nachdem aber der Kollege erklärte, daß er sich nun mehr an seine Organisation wenden müsse, wurde der Herr genug und nahm die Klärung zurück. Bemerkte muß noch werden, daß auch an diesem Tage fast das ganze Kaufmännische Personal arbeiten mußte. Auf die Abzählungsgeschäfte sollten die Herren von der Polizei ihr Augenmerk mal etwas schärfen richten, denn hier wird jeden Sonntag gegen das Gesetz gefüllt.

Nach einer regen Diskussion und Aufnahme einiger Kollegen wurde die Versammlung geschlossen.

Offiziell seien die noch fernstehenden Kollegen nun bald ein, daß wir durch die Organisation etwas geschaffen werden kann, durch ähnlich in den Verbund.

Berlin. Röhreinventurklassifizierter. Zum Freitag, den 19. Januar, war eine Versammlung für die Kollegen einberufen mit der Tagesordnung: "Wollen die Nähmachinenfassierer langsam verbünden?"

In Anbetracht dieses wichtigen Themas hatte man erwartet, daß sämtliche Kollegen der Branche erscheinen würden. Von den 250 Beschäftigten waren noch nicht die Hälfte erschienen.

Nachdem der Referent die überaus traurige Lage der Kollegen in einem eindrücklichen Vortrage geschildert und an die Versammlung appelliert, sich der Organisation anzuschließen, entpuppte sich eine äußerst reichhaltige Diskussion.

Kollege Ludowic nahm: "Ich eine Firma nach der anderen vor und die tollsten Sachen kommen zum Vorwissen. Von der Millionenfirma Singer u. Co., bei welcher über 100 Kassierer angestellt sind, wurde folgendes berichtet. An Vohn zahlt diese noble Aktiengesellschaft ungefähr 12 M. und eine Provision von 3 p.C. Durchschnittlicher Wochenverdienst 20–24 M. Außerdem erhält der Kassierer von jeder verlaufenen Maschine eine Provision von 10 p.C., wovon 2 p.C. zur Deckung von Ausfällen nicht ausgezahlt werden. Diese im Geschäft verbleibenden 2 p.C. sind für den Kassierer meistens verloren, denn sobald ein Geschäft retourtage, muß er die ganze Provision zurückzahlen. Wie schwer es für einen Kassierer ist, eine Maschine zu verlaufen, davon in einem späteren Artikel. Außerdem bestehen bei der Firma Ve-

slimungen, welche der Dessenlichkeit nicht vorenthalten werden dürfen:

1. Einer modernen Organisation sollen oder dürfen sich die Kollegen nicht anschließen.
2. Innerhalb eines Jahres nach Austritt aus dem Geschäft darf der betr. Kollegen bei seiner Konkurrenzfirm eingetragen, mit er es trocken, so geht er seiner Firma verlustig.
3. Wer pro Jahr unter 20 Maschinen verläuft, wird ohne weiteres gefündigt und entlassen.

Aus diesem Grunde wurden zu Neujahr 20 Kollegen gefündigt, davon sind 11 endgültig entlassen worden, den übrigen 9 wurde das Gnadenbrot noch gewährt.

Aber auch einen sogenannten Maderberet gibt es bei dieser Firma, 50 Kollegen gehören demselben an und diese 50 belaufen einer so notwendigen Lohnaufgabe gelegentlich eines Festes bei Hofe ein sogenanntes herliches Bonnet von der Firma zum Geschenk und waren gerührt ob des Hells, welches ihnen überlassen, als sie hinter dem Partner zur Spatberbildung einanderwandern konnten. Hoffentlich beheralten die Kollegen der Firma Singer u. Co. die Worte, welche sie zu hören bekommen.

Leiderlich liegen die Verhältnisse bei der Firma L. Wittauer. Hier sind 52 Kollegen beschäftigt, welche pro Woche 15 M. und 2 p.C. erhalten. Hier kommt es vor, daß die Kassierer mit 19–20 M. pro Woche nach Hause gehen. Hierdorff sollen nun Frau und Kinder ernährt werden und auch der Staat verlangt seinen Tribut. Als die Kollegen vor einiger Zeit wegen Erhöhung des Vohnes von 15 auf 18 M. vorstellig wurden, hat man sie von Woche zu Woche verrostet, bis alles im Sande verließ. Vor kurzem nun setzte der Chef seinen 50. Geburtstag und sah da, ein ganzer Teil der Kollegen brachte demselben mit Pausen und Trompeten ein Standchen; als Vohn dafür bateten die Beteiligten pro Mann 1 M. Bei dieser Firma muß auch Sonntags lassiert werden, wegen der Sonntagsklassifizierung wurde die Firma vor einiger Zeit denunziert, 30 Mark Geldstrafe war die Folge, aber Lehren hat der Herr Wittauer heraus nicht gezogen, es wird Sonntags ruhig weiter lassiert, wir werden aber dafür sorgen, daß der zweite Dienstzeit etwas besser aussäßt.

Rum beleidigte Redner die Firma des königlichen Hoflieferanten Salbath. Auch dieser Herr respektiert die Gelehrte nicht. Sonntags muß lassiert werden. Diesen Herrn werden wir auch erst beobachten müssen, daß die Firma auch für einen königlichen Hoflieferanten geschaffen sind. Die Kollegen erhalten die an Vohn pro Woche 15 M. und 5 p.C. vom Infuso.

Bei den Firmen Sahn, Bittner, Arting (Erster und Rohmann) sind die Verhältnisse genau so traurig, teilweise sogar schlechter.

Als Beste Firma gilt für Berlin das Nähmaschinenhaus von Lemke, Leipzigerstraße. Hier haben die Kollegen einen seit Vohn von 24 M. Dies soll nun aber etwa keine Schmeidelei für die Firma sein, denn jeder Kassierer müßte heute einen seit Vohn von 30 M. haben. Berechnet man, er liegt den ganzen Tag bei Wind und Wetter auf der Straße, dann muß er stets anständig gefordert gehen usw., so wird man zu dem Resultat kommen, daß man mit 24 M. auch keine Fleißtäler erwerben kann.

Alle weiteren Diskussionsredner bestätigten das vorgebrachte. Bezeichnend war der Auspruch eines Kollegen, es geht den Kollegen noch zu gut, sonst würden die traurigen Verhältnisse schon längst bestellt sein.

Nachdem einige Kollegen aufgenommen, ermahnten die Kollegen Bernhardi und Ludowic die Unbesonnenen nochmals, treu und fest zur Organisation zu halten und sich dem weiteren Ausbau derartig zu sorgen.

Kollegen Nähmaschinenfassierer Schlecht Euch Mann für Vohn dem Verbande an, so wird auch für Euch die Zeit bald vorüber sein, wo man Euch mit 20 M. pro Woche nach Hause schlägt. Alle für einen und einer für alle, das sei unsere Lösung.

Berlin. Automatenklassifizierter. Die Kollegen waren am 17. Januar versammelt. Es galt die Verhältnisse bei den drei in Betrieb kommenden Firmen festzustellen. Letztweile haben die Kollegen unter einer sehr langen Arbeitszeit zu leiden. Um 8 Uhr morgens beginnt der Dienst und endet meistens erst um 12 Uhr nachts. An Sonn- und Feiertagen wird es auch 2 bis 3 Uhr, ehe der Kollege nach Hause kommt. Wenn die Tagesarbeit, das Zählen und Kontrollieren der Automaten erledigt ist, dann müssen die Kollegen in den verschiedenen Lokalen der Stadt noch Postarten verlaufen, insbesondere trifft dies bei der Firma Hartwig u. O. G. zu. Von den Kollegen der Aktiengesellschaft für automatischen Verlauf wurde erläutert, daß sie die Übrie noch bezahlen müssen, während andere Firmen dieselbe den Angestellten gratis liefern; wir hoffen aber, daß die Direktion auch diesen Wunsch ihrer Angestellten noch erfüllen wird. Die Kollegen Stollwerck haben sehr unter den Launen des Geschäftsführers Böhrend zu leiden, wir werden demselben nichtstens das Buch Anlagen Umgang mit Menschen zum Geschenk machen, hoffentlich wird es dann besser. Bei diesem Kaiserl. Königl. Hoflieferanten wurde dem seit 18 Jahren dort tätigen Kollegenboten die Stellung gefündigt. Als der Kollege dann nachfragte, aus welchem Grunde er denn eigentlich geben müsse, wurde ihm ganz kurz erklärt: "Wir brauchen jüngere Kräfte, Sie können aber im Lager für uns weiter arbeiten, wenn Sie wollen." Hierfür bedankte sich aber der Kollege. Auch einem seit ca. 20 Jahren bei der Firma tätigen Kollegen möchte man gern los sein, man weiß aber in diesem Falle nicht recht, wie man es anstellen soll, denn diesem Kollegen fiel vor Jahren mal ein schwerer Schafelautomat auf den Kopf; an dem Kollegen dieses Unfalls hat der Kollege heute noch zu leiden. Dieser Unfall soll nicht gemeldet sein! Man läuftet sich offenbar, denn diese Sache könnte der Firma doch noch an den Geldbeutel gehen, und dieses ist doch nun mal die empfindlichste Stelle beim Kapitalisten. Als Erfas für den Sonntag wird den Angestellten der Branche ein freier Wochen-

tag gewährt. Auch hier ist es Ehrensache der Kollegen, fest zur Organisation zu halten, damit die Löne, welche derzeit 20–25 M. betragen, mit Hilfe des Verbandes noch eine Aufzersetzung erfahren, denn auch diese Branche hat einen Anspruch auf 30 M. seien Wochenlohn.

Berlin. Fahrstuhlführer-Schule. Der zu Ostern 1908 stattfindende Handelsarbeiter-Kongress hat einen sehr wichtigen Punkt zur Verhandlung, welchen die Handelsarbeiter ganz besonders beachten mögen, die Unfallsversicherung der Handelsarbeiter steht auf der Tagesordnung. Das Material wird ein sehr reichhaltiges werden und ganz besonders sind die Kollegen Fahrtuhlführer interessiert. Vor kurzem meinte uns der Wind nachstehendes Schriftstück auf den Redaktionstisch. Ein durch R. I. d. S. d. mit Vergleichen und sonstigen Schnüfteleien ausführtes Prüfungs-Zeugnis liegt vor uns, welches wir unseren Kollegen nicht vorenthalten wollen:

Fahrtuhlführer-Schule

Julius Brückner, Prüfungs-Zeugnis
Berlin, Wilmst. 22. Fahrtuhlführer u. Heizer W. M.

Der Vorgenannte hat die Schule mit besonderer Eifer und regem Fleiß besucht und sich alle Kenntnisse und Fertigkeiten eines tüchtigen Fahrtuhlführers und Heizers hierbei angeeignet. Leistungen: Schriftliche Arbeiten: gut. Aufzugsleiter: gut. Praktischer Dienst: gut.

Die strenge Pflichterfüllung und ehrenhafte Gedinnung des Herrn M. verdurften mit Fleiß und Geschäftigkeit und Sachkenntnis, veranlaßt mich, denselben jedem Arbeitgeber zu obigen Kosten, warm zu empfehlen.

Berlin. Dezember 1908.
Die Lehrmethode des Untersigten ist im Auftrag des Königl. Polizei-Präsidiums vom Königl. Generoberat. Abt. für Fahrtuhlführer angesetzt.

(Stempel)

Jul. Brückner.

Der "Glückliche", welcher nun im Besitz eines derartigen Zeugnisses ist, ist bei dieser Gelegenheit 2–3 Wochen und scheint so eine "Fahrtuhlführer-Schule" eine "gute" Einnahme-Dichte für deren Besitzer zu sein. Doch wo hat der Herr seine "Glücklichkeit"? Wo wird der praktische Dienst, welcher mit "gut" im Zeugnis bescheinigt wird, ausgeführt? – In einer derartigen "Schule" kann doch nur von einer "Stundenweise" eine Ausbildung an einem Tag resp. Abenden in den 2–3 Wochen die Reise sein, wo man an einer zwieläufigen, schwülen Ausbildung zweifeln kann. Über welche Gefahr besteht für einen solchen Schüler, welche sich nebenbei ausstellen lädt? Wer trägt die Verantwortung, wer entschädigt diese lernenden Personen, wenn dieselben unglücklicherweise einen Unfall erleiden, der körperlichen Schaden in sich birgt? Gerade der Nachtag im Prüfungs-Zeugnis: Die Lehrmethode ist es wahrheitlich der ausführbaren Behörde anerkannt und gehabt, ist nicht klar. Unserer Wissens unterliegt Fahrtuhlführer der Prüfung eines seitens des Polizei-Präsidiums beauftragten Bau-Nates; nur unter dessen Beauftragung ist eine Bezeichnung ausgestellt, sobald derselbe v. sich erungspflichtiger Angestellter eines Betriebsunternehmens, Geschäftshaus oder Firmeninhabers ist.

Der Errichtung dieser Schulen muß seltens der aufzufürtenden Organe mehr Beachtung geschenkt werden, in welcher Form dieselben überhaupt praktizieren oder wie müssen aus ganz bestimmten Gründen fordern, daß denselben die Genehmigung zu verleihen ist, da Leben und Gesundheit dieser lernenden Personen" in Frage steht.

Kiel. Zu einer Arbeitsleistung kam es am Sonntag, den 28. Januar 06, abends, ganz plötzlich und unerwartet in der Bäckerei von Lammers in der Leibnizstraße. Am Sonnabendmorgen erhielten 3 Bäder und 2 Kutschirr ihre sofortige Entlastung bezüglich Klärung, trotzdem Herr Lammers einen Grund zu dieser Annahme leider angeben konnte noch wollte. In einer am Sonnabendmorgen abgehaltenen Betriebsarbeiterversammlung, an welcher die Vorstände des Bäder- und Transportarbeiterverbandes teilnahmen, wurde festgestellt, daß ein Verschulden seitens der betreffenden Arbeiter nicht vorlag und daß die Maßregel anstreinend nur den Zweck batte, der Organisation eins auszuwünschen. Vereinfachend ist die zu glaubende Annahme, daß die Geschäftsgesetze sämtlich längere Zeit, und zwar bis zu 5 Jahren, bei Lammers beschäftigt waren und einzigen erst vor ganz kurzer Zeit das schwüle Zeugnis bezog. Ob gesondert worden war. Die Annahme der Beteiligten, daß nur die Zugehörigkeit zur Organisation die eigentliche Sache dieser Entlastungen bildet, erwies sich als völlig auftreffend bei der am Sonnabend erfolgten Verhandlung, bei welcher Herr Lammers rückwärtig erläuterte: Gütern die Entlasten einzeln um ihre Wiederentstehung nachgeschaut, so hätte er den einen und den anderen aus persönlichem Gesellen (sic!) wieder angenommen. Nachdem ich die Leute aber an die Verbände gewandt hätten, könne von Wiederbeschäftigung keine Rede sein. Nachdem die Sitzungsteilnehmer von diesem Standpunkt des Herrn Kaufmann und Bäckerinhabers Leo Lammers Kenntnis genommen, erläuterten sämtliche Beteiligte, mit Ausnahme von 2 Unorganisierten, mit den Entlasteten solidarisch und stellten die Arbeit ein. Sache der beteiligten Verbände wird es sein, die nötigen Maßnahmen zu treffen.

Die Situation ist noch unberankert. Die Geschäftsinhaber leben jede Verhandlung ab und die Ausländer beharren ebenfalls auf ihrer Forderung. Von den Streitenden hat es einen Hausdiener und Angehöriger des Evangelischen Junglingsvereins, Namens Thorwald, gefunden, der dem Kapitalisten als Arbeitswilliger zu stellen. Allerdings hat Herr Lammers dem Name die Sage schmachhaft gemacht, indem er diesem mittleren Element" legt 25 M. Wochenlohn zahl und ihm außerdem noch hundert Mark Graffitiabteilung versprach. Mit letzterem Zustimmen scheint diese Firma besonders gern zu operieren, wurden doch einem anderen der aus-

ständigen Ausföhrer erst 100, dann 200 und schließlich gar 300 Mf. Gratifikation geboten, wenn er sich nur als Streitbrecher gebrauchen lasse. Dem Kollegen war seine Ehre mehr wert als 300 Silberlinge. Ferner scheut sich der Sohn Jäger Martens, Lornierstraße 25, ebenfalls nicht, als Arbeitswilliger die Tätigkeit eines Hausdieners zu verrichten, auch ein Sohn des Speiselwirts D. Bockmühl, 28, gibt sich zum Arbeitswilligen her. Zur Charakterisierung der Ansprüche, die an die Hausdiener gestellt werden, diene folgendes Wort des Herrn Lammers zu einem Hausdiener, der über ein etwas tieferes Organ verfügt: „Wenn Sie mit einer Bedienung machen, so müssen Sie recht freundlich sein und nicht in solch rollendem Tone sprechen!“ Einem andern Hausdienner, der am Sonntagnachmittag ½ Stunde zu spät kam (anstatt um 4½ Uhr um 4¾ Uhr), wurde Herr Lammers: „Mark Strafe abziehen und als dieser sich solches nicht gefallen lassen wollte, war er ein frecher Galant, trotzdem er acht Tage vorher als der lächelnde und lächelnde Arbeiter gelobt worden war. Ein Vater, der bereits fünf Jahre sein Wohl und Schädigung zu vollstrecken befiehlt des Thels getan, wird entlassen, weil er der stärkste Gegner des Herrn Lammers ist!“ Der Verdienst der Kutscher schwankt zwischen 21 und 28 Mf. bei einer täglichen ununterbrochenen Arbeitszeit von 4 Uhr früh bis 7 Uhr abends und noch länger. Häufig genug hat dann doch ein geplagter Kutscher nicht einmal die Zeit, etwas Warnes zu genießen. Nebenfalls sind diese Angaben bezeichnend für den Betrieb des Herrn Lammers.

Ancheinend will die Firma lieber den Auf einer Scharfschützen ersten Ranges ehemelben, als ihren Beschäftigten das Recht auf Koalitionsfreiheit zugestehen. Seitens der Ausständigen angebotene Einigungsvorstellungen wurden abgelehnt, da die Firma die „leben Herausreißer“ nicht wieder entlassen will. Weiterhin ist zu erwähnen, daß der eine der Geschäftsführer, der „gewisse“ Herr Leopold Lammers ancheinend den Staatsanwalt Arbeit verschaffen will, da dieser „Herr“ es nicht versagen könnte, am Sonntagnachmittag einen der patrouillierenden Stellposten höchstgeehrt und völlig immobiliert eine Tracht Prügel verabfolgen — zu wollen. Der „Herr“ kann dabei leider aber an den Unrechtshandeln Wirk nun von den berufenen Instanzen eine Staatsaktion, die sich diesmal entgegen allen herkömmlichen Brauch des überzuliegenden Streitenden annehmen müsse, eingeleitet, um dem Terrorstaat des bestreiten Firma einen Dämpfer aufzusetzen? Hier wird aber wahrscheinlich wieder das Wort: „Wenn zwei dasselbe tun, so ist es nicht dasselbe!“ voll zur Geltung kommen. Unter den arbeitswilligen Kutschern befindet sich ein früherer Straßenbahner, der durch die Braunschweiger sechs tausend Deutschen“ ebenfalls drostig wurde und nunmehr die gleiche Handlungswelle für seine eigene Person als anständig betrachtet. Der Mut der Streitenden ist ungebrochen, da sie wissen, daß sie für eine gerechte Sache kämpfen und außerdem bei der Höherhandlung der Firma Lammers beachtenswerte Unterstützung finden.

München. Das Personal der Kohlenfirma Gustav Schneider beschäftigte sich in letzter Volksversammlung mit dem Vorgehen des Fabrikarbeiterverbandes im Gewerkschaftsbereich und sah einstimmig nachstehende Resolution:

„Die heute, Sonntag, den 28. Januar 1906, im Gasthaus Reichsapfel auf Veranlassung der Ortsvertretung und der Bezirksleitung des Verbandes der Handels-, Transport- und Verlehrarbeiter einberufene Beitragsversammlung der Firma Gustav Schneider erklärt sich mit den Ausführungen des Bezirksleiters vollständig einverstanden und findet eines im Verbandsorgan Nr. 24 erschienenen Artikels „Unlautere Konkurrenzmaßnahmen“ vollständig berechtigt. Die Versammelten protestieren energisch gegen die Ausflussungen des Vertreters vom Fabrikarbeiterverband im Gewerkschaftsbereich. Ferner protestieren die Versammelten gegen den Tarifabschluß, in welchem die Versammelten gegen den Tarifabschluß, in welchem vollauf überzeugt geblieben sind; trotzdem dieselben mit im Streit standen, mußten sie aus eigener Kraft eine Verbesserung schaffen. Dieselben sind aber trotzdem geschädigt, und zwar bis zu 3,40 Mf. und 50 Pf. Wiedernehmung pro Woche. Das Höchstgeboten von Überstunden und Sonntagsarbeit für Kutscher z. B. ist eine ebenso bedauerliche Erscheinung im Tarif. Die Kollegen beantragen die Ortsvertretung zur Regelung bezüglich der Tarife und auch der Angelegenheit kontra Fabrikarbeiterverband im Gewerkschaftsbereich.“

Posen. National-polnische Verbände. Das Sekretariat obiger Verbände erläuterte wieder einen schwülfstigen Aufruf, um die Schäfchen, welche noch dummi genug sind, auf den Stein zu geben, einzufangen. Mit großem Lamento singt man an zu sagen, daß die polnische Sache von allen Seiten bedroht sei, und mahn zum Zusammenschluß. Wie viele, jammert der Aufruf, gehen uns verloren, vielleicht für immer. Um diesem Unglück zu steuern haben wir die polnischen Verbände gegründet; dieselben haben dieselben Ziele, nur noch etwas mehr, sie sind rein politisch und fahrlöslich. Besonders lächerlich klingt der Posse, daß dieselben die Interessen der Arbeitgeber gegen die Arbeitgeber vertreten mit — man höre — Arbeitgeber, wie Szepet, Dotatz, Professoren und anderen Intelligenzien an der Spitze. Ihr polnischen Arbeitgeber, feld Ihr wirklich so wenig aufgelistiert, daß Ihr glauben könnet, es wird ein Verband vor Arbeitgeber an der Spitze stehen, Eure Interessen vertreten? Die Augen auf, die Taschen zu gegen diese Klumpfußvereine. Was können Euch dieselben bieten? Vergleicht doch die Leistungen derselben mit denen der Zentralverbände und dann urteilt, wer Euch Saub in die Augen streut. Wer gibt Euch die Sicherheit, daß diese Vereine bestehen können und wie lange? Die Germanisierungspolitik kommt in 24 Stunden vernichtet und dann ist das Gelb zum Fenster hinausgeworfen. Man geht mit billigen Beträgen freibahn, was leistet man dafür?

Polnische Verbände:

Bei 1-jähriger Mitgliedschaft 6 Mf. auf 4 Wochen Gemahrgeregeltenunterstützung.

Bei 2-jähriger Mitgliedschaft 8 Mf. auf 4 Wochen

Bei 3-jähriger Mitgliedschaft 10 Mf. auf 4 Wochen usw. usw.

Zentralverbände:

Eventl. bei mehrjähriger Mitgliedschaft 8 bis 10 Mf. auf 30—40 Wochen, nach 26 bis 30 Jahren 10—14 Mf. auf 13—40 Wochen.

Ebenso entsprechend minimal sind die anderen Leistungen.

Als direkten Verrat an der Arbeitersache kann man die Redensarten aufstellen, daß die Verbände nur die Sache der politischen Arbeiter hochhalten und vertreten. Jemand, der seine 5 Stunden beklagt habe, kann heute im 20. Jahrhundert unmöglich auf dem Standpunkt stehen.

Die Arbeitgeber in Posen, ob Pole oder Deutscher, ob Katholik oder Protestant, sie halten einmütig zusammen, wenn es gilt, berechtigte Forderungen der Arbeiter zu befrieden, und die Arbeiter wollen solche Narren sein und sagen, nein, wir kämpfen nur für Polen, ist dieses nicht klar Verräterei der Arbeitersache? Man sieht sich und seine andern Arbeitgeber den Kapitalisten ans Messer.

Oder ist man so vom Großenbahn besessen, daß man glaubt, mit den paar Dutzend Mitgliedern große Erfolge zu erzielen?

Ein anderes Bild: die Organisation der Zentralverbände schreitet unausgeföhrt fort und ist besonders in den Großstädten maßgebend. Nun kommt es oft vor, daß Arbeiter aus Posen, Stadt und Provinz, nach besseren Erwerbsplätzen gehen, erzählt da ein polnischer Verband: Nein, nun ist die Arbeitersache aber oft so gut organisiert, daß sie gar nicht mit Leuten zusammenarbeitet, die ihrer Organisation nicht angehören, das Ende vom Biede ist, daß der Kollege, der im polnischen oder sonst einem Klubverein ist, entweder in den Zentralverband eintritt oder weiter marschiert. Denn Übertritte seien Zugehörigkeit zu einem Zentralverband voraus, wobei dann auch die volle Mitgliedschaft angezogen wird. Wer ist nun wieder der Dumme? Der polnische Arbeiter, der seine wenigen Groschen einem Verband gegeben hat, der nur Hintergründen nachjagt, oder niemals etwas leisten kann in Bezug auf Besserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse.

Die polnischen Verbände sind die größten Feinde der Posener Arbeiterschaft, weil sie die Kräfte der Arbeiter gegen die deutschen und polnischen Arbeitgeber schwächen durch ihre sinnlose Verhetzung. Jede Berplitterung der Kräfte bedeutet Schädigung!

An Euch liegt es, polnische Arbeitgeber, diesen Wurm, der an der Arbeiterbewegung zu Eurer aller Schaden neigt, zu vernichten, indem Ihr Euch Mann für Mann für Euren Beruf passenden Zentralverband anschließt. Wer in den politischen Verband hineingehst, schädigt sich und seine Familie. Die Arbeiterbewegung ist weder deutsch noch polnisch, sie ist international, und alle sind wir Brüder und müssen uns gegen den Übermut der Kapitalisten die Brüderhand reichen.

Den Herren, die an der Spitze dieser polnischen so genannten Arbeiterverbände stehen, muß man zururzen: „Schuster, bleib bei Deinem Vesten!“

Und der Herr Szepet soll, ehe er sich an die Spitze eines Arbeiterverbandes stellt, nicht seinen Hausdiener wegen 1 Mf. Zulage auf die Straße legen. Der jegliche, der 13½ Mf. pro Woche bezieht, schrebt auch schon wieder, ob „richtig Euch noch meinen Worten, nicht nach meinen Taten“, steht Herr Szepet. Für die übrigen intelligenten Vorstandsmitglieder und geistigen Führer der Verbände gilt derselbe Vers.

Für die gesamte Arbeiterschaft Posens aber, ob polnisch, ob deutsch, gilt die Parole:

Organisiert Euch in den nur den Interessen der Arbeiterschaft dienenden Zentralverbänden!

Stegitz. Am 28. Januar tagte bei Wahrendorf die Generalversammlung der Verwaltung Stegitz. Den Rapportbericht eröffnete Kollege Lödttemeier und ergab derselbe folgendes Resultat:

Gehnahe für 1905. 1091,78 Mf.
Aufgabe. 915,76

Bleibt ein Bestand von 175,97 Mf.

Die Mitgliederbemühung war folgende: Bestand am 31. 12. 04 88 Mitglieder, neu eingetreten 88 Mitglieder, 4 von anderen Verwaltung übergetreten, sind zusammen 75 Mitglieder, 21 schließen aus. Es blieben mithin 54 Mitglieder am Schluß des Geschäftsjahrs.

Mitgliederversammlungen wurden 9 abgehalten, Besuch derselben war in einigen sehr miserabel, zwei wurden wegen schlechten Wetters vertagt. Öffentliche Versammlungen wurde nur eine abgehalten, der Besuch derselben war auch sehr schlecht, von den Mitgliedern nahmen nur 6 daran teil. Es wurde ein Wintervergnügen (Stiftungsfest) und ein Sommerfest abgehalten, vom Sommerfest wurde ein Uebertausch von 50 Mf. erzielt, das Stiftungsfest brachte einen Uebertausch von 18 Mf., welche den Bergarbeiter überwiesen wurde. Sitzungen und Besprechungen fanden 10 statt, welche auch nicht gut besucht wurden. Der 2. Vorsitzende glänzte in 8 Vorstandssitzungen mit Abwesenheit und der Schriftführer war auch selten da.

Die Wahl der Funktionäre ergab folgendes Resultat:

1. Bevollmächtigter Kollegie Stegitz, 2. Bevollmächtigter Kollegie Subrow, 3. Bevollmächtigter Kollegie Lödttemeier, Schriftführer Kollegie Hüls, Bevollmächtigter Kollegie Manigel. Zu Revisor wurden die Kollegen Frederich, Hansen und Schönberg. Als Delegierter zum Kartell wurde Kollege Naumann, in die Kommission zur Überprüfung der Sonntagsarbeit die Kollegen Paul Sante, Bille und Naumann gewählt.

Unter Bescheidebedenken wurden noch einige örtliche Angelegenheiten geregelt, sowie Beschlüsse gefaßt über das bevorstehende Sommersfest, welches am 17. Juni d. J. im Gewerkschaftsbereich stattfinden soll. Zum Schluß wurde noch darauf hingewiesen, daß in Zukunft die Versammlungen Punkt 4 Uhr eröffnet werden sollen, ganz gleich und wenn zur Zeit bloß 8 Mitglieder anwesent seien.

Strassenbahner.

Vorber. Eine öffentliche Versammlung der Straßenbahner tagte am Freitag voriger Woche im Lokale des Wirts Spielmann, Bergerbeck. Arbeiterselbstfür Linck sprach über die Zustände im Straßenbahnerberuf und ihre Befreiung.

Den befallen aufgenommenen Ausschüssen folgte eine äußerst interessante Diskussion, an der sich natürlich die bisherigen Mitglieder des christlichen Verbundes beteiligten. Besonders wurde die Tätigkeit des Chr. Kloß sehr negativ von seinen späteren Kollegen, indem denselben die Interessen seiner weiteren Mitglieder in seiner Weise vertreten hat, und erklärten sämtliche anwesenden Kollegen ihrem Austritt aus dem christlichen Verbund, mit Ausnahme eines einzigen, der seinen Chr. Kloß in Schub nehmen wollte, aber leider auch keinen sichhaltigen Beweis für die Tätigkeit derselben vorzu bringen hatte.

Eine ganze Anzahl der Kollegen erklärten ihren Beitreit zum Zentralverbande und soll in nächster Zeit wieder die öffentliche Versammlung stattfinden, in der die fehlenden Kollegen mit anwesend sein sollen. Den Kollegen jedoch, welche erkannt haben, wo ihre Interessen gewahrt und auch vertreten werden, rufen wir an, alle ihre Kraft mit einzusezen und mitzuwirken zum Wohl ihrer Frauen und Kinder, damit auch der letzte Kollege dem Zentralverbande der Handels-, Transport- und Verlehrarbeiter zugeführt wird, denn nur da werden Eure Interessen gewahrt und vertreten, deshalb hinein in die Organisation Mann für Mann.

Hamburg - Wandsbeck. Kurzlich war hier eine Straßenbahnerversammlung geplant, darauf erhielt der Einberufer, Kollege Wagener-Hamburg, folgendes Schreiben:

Wandsbeck, den 22. Januar 1906.

Die öffentliche Versammlung der Straßenbahnergesellen am Mittwoch, den 24. Januar d. J., morgens 1 Uhr, darf nicht stattfinden, da die Polizeistunde für den heiligen Vatertag um 12 Uhr festgesetzt ist und eine Verlängerung derselben zu dem genannten Zeit nicht erfolgen kann. Sie n.

Sonderbar! Höchst sonderbar! Als die Straßenbahnerbewegung im Jahre 1903 stattfand, dachte man in Wandsbeck an die 12 Uhr-Polizeistunde nicht im Traume. Herr Schoppen hatte so wenig gegen die Nachverhandlungen eingewendet, wie heute noch Herr Steen gegen das Einhalten von Wettbewerben — also Verlängerung der Polizeistunde — das nicht zu dem genannten Zweck stattfindet. Es haben selber, auch schon zu Herrn Steens Zeiten, Versammlungen über 12 Uhr hinaus getagt. Wo wird denn überhaupt in Wandsbeck die 12 Uhr-Polizeistunde durchgeführt? Man frage gefälligst einmal unsere Herren Alte, was sie in dieser Beziehung im Schöffengericht schon alles so bestimmt erfüllt, daß es gerichtlich notorisch würde! Wie wollen heute Herrn Steen nicht an seine Kandidatenrechte erinnern — das geschieht ein anderer — aber wenn er wirklich hätte verbieten wollen, dann hätte er schlichtweg es tun, aber nicht begründen sollen. Das ist Glattes, auf dem man gar zu leicht poltern kann.

Doch — es scheint System in der Sache zu liegen. Auch im „Storchenn“, auf Altonaer Gebiet, sollte eine ähnliche Versammlung stattfinden. Herr Moenahagen verbietet sie — diesmal nicht auf Grund des „Allgemeinen Landrechts“ — wie folgt:

Die für heute nach 1 Uhr von Ihnen angemeldete öffentliche Versammlung der Straßenbahner in dem hierigen Lokal usw. wird hiermit verboten, weil für das Lokal „Zum Storchenn“ nachts 1 Uhr die Polizeistunde eintritt.

Auch im „Storchenn“ haben sich 1903 die Straßenbahner in der Sache ihrer Sache gemacht. Damals hatte man in Hamburg den Straßenbahner die im Versammlungsbesuch liegende Ausübung des Koalitionsrechts geraubt. Preußen war minder streng. Früher rebete man davon, Hamburg sei verpreist, heute muß man leider sagen, Preußen ist verhamburgert! Das Schlimmste an der Sache ist, daß nicht einmal rechtzeitig von den Verboten öffentlich bei Kenntnis gegeben werden können. Das Koalitionsrecht ist heute nicht mehr in Gefahr, es ist einfach schon außer Gefahr, wie die Reiche auf dem Kirchhof.

Das preußische Kammergericht hat vor wenigen Jahren in Sachen unserer Magdeburger Verwaltungsstelle dahingehend entschieden, daß in Preußen Vereinsversammlungen nicht an die Polizeistunde gebunden sind. Da die Wandsbecker Polizei nicht befähigt oder berufen ist, Kammergerichtsentseidungen außer Kurs zu legen, wird es Sache unserer Kollegen sein, ihr die Dinge klar zu machen. Wir werden uns also um die Polizeiauflistung nicht kümmern, bekommen wie dann folgendes ein Strafmandat, so werden die Gerichte bis zur obersten Instanz, den preußischen Kammergericht, über unsere Nebelatoren zu entscheiden haben.

Geplagte Leute. Vom Turm hundert der Glodenstag, die zehnte Abendstunde. Die Sterne funkeln und blitzen vom blau-schwarzen Mitternimmel. Es ist kalt; der Ostwind biegt durch die Gassen. Zu diese welche Mantel geöffnet, allen die Damen der Gesellschaft, die sowieso das Hotsther verlassen, dem Straßenbahnhof zu. Herren in Mänteln und Pelzkringen folgen. Im Zug ist der Wagen besetzt. Der Schaffner gibt das Glodenzeitchen, der Führer auf dem Vorderperron läßt die Bremsen los und schaltet am Strom ein. Die warm eingehüllten Fahrgäste, die aus dem wohlgelebten Theater kommen, zählen die Minuten, bis sie das wohlgeschwärzte Helm erreichen. Keiner von ihnen denkt an den Mann, der jetzt schon neun, zehn Stunden auf dem Vorderperron unbeweglich, dem schneidendem Ost windlos preisgegeben, ausgestrahlt. Wohl hat ihm die Frau an Kleidungsstücke mitgegeben, was irgend möglich war. Aber der dicke Rad wähnt auf die Dauer nicht, wenn man ohne Bewegung Stundenlang auf demselben Platz aufzuharren muß, allen Unbillen der Witterung schutzlos preisgegeben.

Einsige ganz weiterreisende Passagiere, die im Innern des Wagens keinen Platz mehr finden konnten, versuchten es, dem Beamten Gesellschaft zu lassen. Sobald aber an

einer Holzstelle ein Plätzchen im Innern des Wagens oder auf dem Hinterperron sei wird, verschwinden sie von der vorderen Plattform. Für einige Minuten läßt es sich da vorne aushalten, aber auf die Dauer — brr!

Ja, muß denn das sein, daß die Führer, die Schaffner und auch die bei der ammeist ungünstigen Fahrgelegenheit auf die Plattform angeholten Fahrgäste umgeschaut, dem schnellenden Wind preisgegeben sind? O nein! Die neuere, modernen Anforderungen entsprechenden Straßenbahngesellschaften sind zumeist alle mit Glasvorhängen versehen. Allerdings darf man diese zeitgemäßen Transportmittel nicht bei der Stuttgarter Straßenbahn suchen. Die Fremden, die die schwäbische Reibens ausführen, antworten sich zumeist lächelnd über die Stuttgarter Straßenbahngesellschaften, die grünen, auf Rädern gesetzten Bierkarrenstufen gar nicht unähnlich sehen. Fremde, welche die Straßenbahnen nur etwa ein halb dutzend benötigen, würden sich mit Zug und Recht über die vorflüsslichen Verkehrsmittel der „Schwäbische Strohheu“ beklagen, für das Stuttgarter Publikum ist insbesondere für die Beamten, die die Angelegenheit aber doch eine sehr ernste Sache, daß von den Ungefehlten nicht ganz abgesessen, eine Faust auf den unglücklichen Vorderperron unter Umständen schwere Krankheiten nach sich ziehen kann, besonders wenn Arbeiter mittags oder abends von der Arbeit oder vom schnellen Gang erholt schnell auf die vordere Plattform springen, um nur noch rechts von oder zu der Arbeit zu kommen, liegt auf der Hand. Und schließlich ist die Gesundheit der Beamten doch auch kein Gappenspiel.

Doch die Straßenbahngesellschaft aus eigener Initiative Abhilfe schaffen wird, ist bei dieser Überlebensgesellschaft nicht anzunehmen. Auch in anderen Städten, so z. B. in Nürnberg, haben die Gesellschaften gezwungen werden müssen, zu der durchaus notwendigen Verbesserung des Fahrmaterials. In lebenswanner Stadt erhält die Gesellschaft von der Stadtverwaltung den Auftrag, den Glasvorhang binnen einer bestimmten Frist auch an den alten Wagen anzubringen. Die Gesellschaft verfügte gegen diesen Auftrag anzu kämpfen mit den phantastischen Gründen und Gutachten. Die Glasdurchwand solle dem Führer bei Regen- und Schneewetter den Ausblick auf die Straße und damit die Sicherheit des Verkehrs beeinträchtigen und was dergleichen Gründe mehr wären. Die Stadtverwaltung ließ jedoch nicht loder. Die Gesellschaft mußte sich dazu bequemen, dem Auftrage nachzuhören. Und siehe da: Es zeigte sich, daß der Glasvorhang, der den Führer bei Regen- und Schneesturm davor schützte, daß ihm die Augen gestellt wurden, die Betriebssicherheit erhöhte. Beides dafür ist auch, daß moderne Straßenbahngesellschaften sämtlich mit der Glasswand versehen werden.

Kann nun die Stadtverwaltung Stuttgart das, was anderwärts möglich war, nicht auch hier zur Durchführung bringen? § 29 des Vertrages gibt der Gemeindevertretung das Recht, von der Straßenbahngesellschaft zu verlangen, daß die Wagen solid und dauerhaft gebaut und mit den neuesten Verbesserungen und Sicherheitsvorrichtungen versehen sind. Wir möchten, nachdem unsere vorjährige Anregung resultlos geblieben, nun nochmals dringend erneut, die Brüder zu untersuchen und auch der Öffentlichkeit über das Ergebnis der Untersuchung Bericht zu erstatten.

Vorlesenden Artikel entnehmen wir der „Schwäbischen Tagwacht“. Die Straßenbahner erschien daraus, daß man noch wie vor sie eintritt. Sie mögen den Schandvertrag, der ihnen das Koalitionsrecht nehmen soll, hunderthalb unterschrieben haben, so wenig wie es bisher der Direktion auf die Nase gebunden haben, wer bei uns Mitglied ist. So wenig wird dies in Zukunft geschehen.

Auf die Dauer wird allerdings auch der Verband nicht für die unorganisierten Straßenbahner eintreten, ihnen Arbeit vermitteln und sie unterstützen, damit sie dann, wenn sie richtig untergebracht sind, noch auf die Organisation und deren Leiter schimpfen. Wer Mitglied des Verbandes werden will, findet den Weg in unser Verein, unter Umständen läßt sich die Sache auchbrieflich machen.

Also, Ihr Straßenbahner! Werdet Mitglieder des Verbandes!

Transportarbeiter.

Bant-Wilhelmshaven. Eine sichere Brücke für unorganisierte Arbeiter steht der Welt von Herrn Griffler, Wilhelmshaven an sein und Herr Griffler ist zugleich der Beschäftiger dieser guten Leute, hat jedoch neulich zu einem unorganisierten Arbeiter, der bei Freitrich Heyden arbeitet, gesagt: „Wenn ihr einmal von den organisierten Arbeitern angemeldet werdet, so sagt mir nur davon Bescheid, ich werde die Verbandsbrüder schon kriegen.“ Herr Griffler, der sich so gerne als ein humaner und liberaler Arbeitgeber ausspielt, hat sich aber in der letzten Zeit den organisierten Arbeitern gegenüber so benommen, daß keiner mehr an seinen humanen und liberalen Charakter glaubt, denn, wer wirklich liberal denkt, wird keinen Arbeiter daran hindern, seine Berufsorganisation beizutreten. Herr Griffler stellt über nur solche Leute an, die keinen Verband angehören und wenn er solche von der Herberge holen muss. Auch ist es in der letzten Zeit wiederholt vorgekommen, daß unsere Kollegen mit den Arbeitern der Firma Griffler in Streit geraten sind. Es wird nun ein jeder glauben, unsere organisierten Kollegen hätten den Streit angefangen. Das ist aber nicht der Fall. Wenn des Morgens oder des Nachmittags die Grifflerischen Arbeiter mit allen Mann im Güterloch sind und es lädt sich dann mal einer von unseren Kollegen sehen, dann versuchen diese Leuten unsere Kollegen auf seine Art und Weise zu distanzieren und bieten denselben schließlich noch Prügel an. Wenn nun die sogenannten Blauen dabei den kürzeren ziehen, dann haben sie nichts eiligeres zu tun, als zu ihrem Beschäftiger, Herrn Griffler zu laufen, um ihr Recht zu klagen. Sofort läuft Herr Griffler an's Telefon, um den Unternehmer, bei dem unser Kollege in Arbeit steht, davon zu benachrichtigen und verlangt, daß unser Kollege entlassen wird. Leider scheint Herr Griffler, der ja auch Vorstand des Wilhelmshavener Fuhrherren-Vereins ist, die Mitglieder

des genannten Vereins nicht ordentlich im Bügel zu haben denn bis jetzt ist noch kein Unternehmer am Ort seiner Aufforderung nachgekommen. Aber mancher Unternehmer verfügt besser zu rechnen als Herr Griffler, die behalten lieber ihre erfahrenen, alten Kutscher und Arbeiter, denn diese können auch ohne daß man ihnen das Bügel führen an die Wand malt, ein Fuhrwerk sicher durch die Straßen führen, ohne Laternenlandes und sonst vergleichbaren aufzubauen. In der letzten Zeit scheint man aber ein anderes Mittel anwenden zu wollen, um den organisierten Arbeitern beizutragen. Man läuft ja wohl. Polizei und diese soll nun wohl den Arbeitern in Bant und Wilhelmshaven ein armes Gruben beibringen. Über alle diese schamlosen Handlungen werden ein Vorwärtsdringen unserer Organisation nicht aufhalten können, wenn unser Kollegen alle Kräfte ausstoßen, um die Organisation auszubauen. Den Arbeitern der Firma Griffler möchten wir aber raten, endlich einmal ihre Lage zu betrachten, denn sie sind ja am aller erbärmlichsten daran, von familiären Arbeitern in Bant-Wilhelmshaven, denn daß einzige Recht, welches denen noch aufsteht nämlich das Recht, sich zu organisieren, haben sie sich von ihrem Arbeitgeber nehmen lassen. Noch einmal sei Ihnen von dieser Stelle zugesagt. Laßt uns die Streitigkeiten begraben, denn durch die Streitigkeiten der Arbeiter untereinander kann nur der Unternehmer profitieren und schlägt Euch dem Central-Verband des Handels, Transports und Verkehrsarbeiters an. Auch Euer Unternehmer wird Euch nicht eher einen Pfennig mehr geben, bis er dazu gezwungen wird“.

Celle. Die „Cellese Zeitung“, das Organ für Belebung und Bildung, entfällt in einer leichten Nummern folgenden Interat:

Arbeitgeber von Celle!

Wollen wir nicht zusammenhalten und uns organisieren gegen den geplanten Streik der Kutscher, Fuhrleute und Lagerarbeiter? Wer nimmt die Sache in die Hand und übernimmt die Führung? Gleiche Recht für uns!

Noch ist es Zeit!

Einen größeren Gefallen als die Veröffentlichung dieses Interats hätten uns die Unternehmer nicht tun können, wir haben nun nicht mehr nötig, unsere Kollegen aufzuladen, das beforgen diese Herren allein. Nur so weiter, und dann kann es recht sein. Hierdurch beweisen diese Herrschaften, welchen Respekt sie vor der Organisation haben, kaum sind die bestens Kollegen aus ihrem Schlaf aufgewacht und haben sich der Organisation angeschlossen, so taucht bei dem Unternehmer auch schon das Gewissen des Streites auf. Eine allzuhohe Meinung müssen sie daher von den Zuständen in ihren Betrieben nicht haben, sonst würden sie nicht gleich einen Streik vermuten. Oberplanen sie für sich angeschlagene der Teuerung eine Teuerungsurlage, vergestalt, daß sie bei Ihren Arbeitern eine Lohnsteigerung vornehmen wollen? Oder wollen sie eine Preiserhöhung vornehmen? Das leichtere soll und recht sein, gegen das ersteren werden wir uns zu wehren wissen.

In letzter Zeit ist hier die Agitation unter unseren Kollegen energisch betrieben worden und hat auch den erwähnten Erfolg gehabt, vielleicht haben die Unternehmer dies erfahren und ist ihnen nun der Schreck in die Glieder geschossen. Nach ihrer Meinung sollen die Arbeiter nur willkürliche Lohnen sein, die ohne zu mucken, alles über sie ergehen lassen, ganz mit dem zufinden sind, was der Herr ihnen allgemein abgeräumt zugestellt. Besteht doch hier in Celle an verschiedenen Stellen noch das alte patriziale Burgtum, hier geht es noch „Herrn“ und „Knecht“, das vertraute Du ist hier noch sehr gebräuchlich, d. h. nicht etwa, daß dies auf Gegenseitigkeit beruht, nein, das wäre doch unerhört, für den Kutscher oder Fuhrmann bin ich der Herr“ ihnen allgemein abgeräumt zugestellt. Besteht doch hier in Celle an verschiedenen Stellen noch das alte patriziale Burgtum, hier geht es noch „Herrn“ und „Knecht“, das vertraute Du ist hier noch sehr gebräuchlich, d. h. nicht etwa, daß dies auf Gegenseitigkeit beruht, nein, das wäre doch unerhört, für den Kutscher oder Fuhrmann bin ich der Herr“ und „Du“ mein getreuer „Knecht“!

Kollegen! Gott soll dies auf die Dauer so bleiben? Nein und abermals nein! Wir fordern gleiches Recht für alle! Auch die Arbeiter haben ein Recht auf menschwürdige Behandlung und anständige Bezahlung. Zahlt der Arbeitgeber einen anständigen Lohn und behandelt er seine Arbeiter als Menschen, so wird es Niemand einfallen zu streiten. Den Teller Kollegen aber rufen wir angedeutet dieser Situation zu: Organisiert Euch und sorgt für Ausbreitung des Verbandes! Ihr dürft nicht eher ruhen, bis der lezte Mann dem Verbande zugeführt ist. Darum auf zum Kampf zum Sieg!

Fürth. Mäßtände bei der Firma Gottfried Roth, nicht die besten Zustände in Bezug auf Behandlung scheinen bei der Firma G. Roth zu bestehen; nicht nur daß die Arbeitszeit eine ungewöhnlich lange ist, auch der Verkehr des Herrn Roth Jr., sowie der Verwalter und Hofmeister den Kutscher gegenüber ist nahezu unerträglich. Morgens zwischen 8 und 4 Uhr müssen die dort beschäftigten modernen Arbeitnehmer bereits ihre Heimstätten verlassen und des Abends, vollständig vom Wetter durchzittert, kommen sie gegen 8 Uhr und noch später nach Hause. Das bei Roth kein leichtes arbeiten ist, weiß jeder Late. Diese Art Arbeit ist am ehesten mit dem Wort „Druckarbeit“ gekennzeichnet. Umsofort muß es vernünftig, daß man Arbeitern gegenüber, die in ihrer Pflichterfüllung Roth gegenüber selbst ihre Familienleben hinteranzeigen, eine Bezahlung, die selbst zur Misshandlung ausgerichtet hat, auftreten werden läßt.

Es spottet jeder Beschwörung, was sich dort ein Kutscher in 20 Jahrhundert gefallen lassen muß. Ein Beispiel: Ein Kutscher will ein Pferd beschlagen lassen und fragt den Verwalter, zu welchem Schmied er gehen soll. Er bekommt zur Antwort, daß es ganz gleich sei. Es beschlagen in Erfurt soll nämlich Schmiede für Roth. Als Roth erfuhr, daß das Pferd bei einem anderen Schmied, als er genau gewünscht hatte, beschlagen sei, wurden dem Kutscher am darauffolgenden Sonnabend 3,50 M. für Beschlagen des Pferdes abgezogen. Zwischen dem Kutscher und Verwalter kommt es zu Auseinandersetzungen. Der alte Kutscher hat ein billiges Pferd. Jeder, der den Beruf kennt, wird wissen, daß ein Kutscher aufzufinden ist, wenn er sich seine Pferde so gezogen hat, daß sie an ihn gewöhnt sind. Der Verwalter kommt mit dem Kutscher in den Stall, der Verwalter macht fortgesetzt das billige Tier, was sich der Kutscher mit Recht verbietet. Nun folgen vom Verwalter die schändlichen Rosenamen für den Kutscher. Er nennt ihn einen „Lausejungen“, „dummigen Jungen“,

„Dösen“ usw., um schließlich die Mistgabel zu ergreifen und wie mit gefälschtem Bolzen auf den Kutscher loszugehen. Zu diesem Augenblick tritt Karl Roth den Stall. Er erkundigt sich nicht erst, was hier vorgefallen ist, sondern Augenzeugen berichten das Unglaubliche, daß Roth Jr. den Kutscher zu Boden geworfen und dann aus dem Stall hinausgeworfen haben soll. Die Arbeit war natürlich für den Kutscher zu Ende. Derartige Vorkommenisse sollen bei Roth schon öfter zu sehen gewesen sein. Verwunderlich ist es nur, daß sich die gebildeten Arbeitsspitzen solch unwürdige Zustände gefallen lassen, sie haben es ja in der Hand, bessere Verhältnisse auch bei Roth zu schaffen, wenn sie sich nicht mehr von Roth beeinflussen lassen. Roth, der durch die schwere und feste Arbeit seiner Leute schwer reich geworden ist, hat kein Recht, seinen Leuten Vorwürfe zu machen, was sie zur Erhaltung ihrer Gesundheit und zur Führung eines besseren Daseins unternehmen. Darum gilt auch für alle dort beschäftigten Arbeiter: Schließt auch Ihr euch zusammen zur Belebung solcher Zustände und zur Erklärung besserer Zustände.

Hannover. Auch eine Lohnsteigerung haben die Kutscher der Baumaterialien-Handlung von Gebr. Mehling in Linden zu Weihnachten erhalten. Bisler betrug der Lohn ganze 19 M., bei einer Arbeitszeit von 18, 14, ja 15 und 16 Stunden in Wind und Wetter, gewiß nicht eine zu hohe Bezahlung, namentlich in letzter Zeit, wo der Lebensunterhalt ein so teurer ist. Das hat gewiß auch die Firma eingesehen und diese Lohnsteigerung gewährt. Auch knauerig hat sich die Firma nicht gezeigt, sie hat ganze 88 Pf. — gefordert: achtunddreißig — nicht etwa pro Tag, sondern pro Woche gegeben, das macht bei einer Durchschnittsarbeitzeit von 18 Stunden pro Tag die Stunde 0,608 Pf. Nach Berechnung der Firma zahlt sie ja 1 M. Lohnsteigerung, daß dem nicht so ist, werden wir gleich nachweisen. Sie hat nämlich vorher die Beiträge für Kranken- und Invalidenversicherung nicht abgezahlt, die 19 M. wurden aber ausgezahlt. Jetzt erklärt sie 20 M. zu zahlen, aber diese Beiträge abzuziehen. Die Herren Häften vor Stehen zu rechnen.

Von unserer Seite wurde schon oftmal verucht, die Kollegen zu organisieren, aber bisher ohne Erfolg. Sie waren ancheinend mit den Verhältnissen zufrieden, ob nun diese kolossal Lohnsteigerung auf sie eingewirkt hat oder ob es andere Umstände gewesen sind, soll darübergestellt sein, jedenfalls schafft unsere Arbeit jetzt von Erfolg gekrönt zu sein. Es haben sich bereits mehrere Kollegen zur Aufnahme gemeldet, der Ihnen scheint es allmählich zu dämmern, sie heinen einzusehen, daß es nicht so weiter gehen kann, daß sie als Menschen auch Anspruch auf anständige Bezahlung haben und nicht bald umsonst ihre Arbeitskraft dem Unternehmer zur Verfügung stellen müssen. Natürlich geht es über dort beschäftigten Asphaltarbeitern, auch hier war es — bis auf einige, die Mitglied des Fabrikarbeiterverbandes waren — nicht möglich, sie für die Organisation zu gewinnen. Auch hier ist es in letzter Zeit besser geworden, endlich scheinen auch sie den Wert der Organisation zu erkennen. Pflicht der organisierten Kollegen muß es nun aber sein, die noch fernstehenden für uns zu gewinnen. Wenn es Ihnen ernst mit der Verbesserung Ihrer Lage ist, dürfen Sie nicht ruhen, bis auch der letzte für uns genommen ist. Darum Kollegen, frisch ans Werk, tue ein Leben seine Pflicht, so wird auch für Euch die Erringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen möglich sein. Laßt Euch nicht einschüren durch etwaige kleine Zugeständnisse des Unternehmers, sie wollen nur dadurch Uneinigkeit unter Euch bringen, als Mensch, als der Gründer Eurer Familie habt Ihr die Pflicht, eine anständige Bezahlung Eurer Arbeitskraft zu verlangen. Dieses kommt Ihr nur erreichen, wenn Ihr Euch als der Organisation anschließen. Giner für Alle, Alle für Einen.

Halberstadt. Die Lage der besten Transportarbeiter ist eine denkbar ungünstige. Die Arbeitszeit beträgt in den meisten Betrieben 16—17 Stunden. Der Lohn dogegen balanziert zwischen 12—18 M. Auch die Behandlung läßt vielfach viel zu wünschen übrig. Trotzdem halt es schwer, die Kollegen der Organisation zu zuführen. Sie haben ihre Alterslage wohl nicht einmal erkannt. irgend welche Zeit zu geistiger Entlastung bleibt ihnen bald gar nicht übrig. Gründet und erschaffe suchen sie abends ihre traurige Hölle auf. Bei dem kleinen Abendbrod übernehmen sie der Schatz. Ohne sich vorher mit ihren Familienangehörigen nur irgend vertraulich unterhalten zu haben oder eine proletarische Zeitung zu lesen, gehts in die Halle, um am anderen Morgen 4 Uhr wieder an der Türe zu sein. So geht es Tag für Tag, Jahr aus Jahr ein. Unsere Kollegen wissen nichts von allem, was sie am politischen Himmel abspielt. Der rote Sonntag ist denen meistens gar nicht bekannt geworden. Wirklich ein Leben voller Mühe und Arbeit. Die wahre Tyrannie.

Mit unendlicher Mühe ist hier an der Hebung dieser traurigen Lage gearbeitet worden. Eine erhebliche Zahl von Kollegen wurden Mitglieder unserer Organisation und sind durch dieselbe in einem Betriebe wesentliche Lohnaufsteigerungen erlebt worden. Leider zeigt nun der größte Teil dieser Mitglieder auch sehr wenig Interesse an der Weiterentwicklung unserer Zunftstelle, obgleich sie schon den Wert einer Organisation begreifen haben. So konnten wir am 20. Januar die Monatsversammlung nicht abhalten, weil gar zu wenige Kollegen erschienen waren, trotzdem alle durch einen Brief eingeladen waren. Ferner geben die Betriebe schlecht ein und sind viele Mitglieder bedeutend im Rückstand. Kollegen, dies muß anders werden, wenn wir nicht ganz und gar geistig und moralisch verschumpfen wollen. Erlebt Euch zum gemeinschaftlichen Handeln und überlasse nicht einzelnen die Arbeiten, sondern jeder Kollege ist verpflichtet an der Erringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen mitzuwirken. Vor allen Dingen sorgt dafür, daß die nichtorganisierten Kollegen dem Verband beitreten. Haben wir diese für uns gewonnen, so werden wir mit Hilfe unserer Organisation eine bessere Bezahlung der Arbeit zu erringen suchen. Also auf zur nutzbringenden Arbeit.

Die nächste Monatsversammlung findet am Sonnabend, den 17. Februar, abends 8½ Uhr, im Gewerkschaftshaus statt. Kollege Albert wird einen Vortrag halten über „Die Entwicklung der modernen Gewerkschaften“. Wir dürfen daher wohl auf guten Besuch rechnen.

Leipzig. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse beim Ladeunternehmer Hebel & Sohn hier sind so lästig, daß der Oeffentlichkeit einmal unterbreitet werden müssen, auch Idioten deshalb, weil das Gebaren des Herrn Hebel das nötig macht. Dieser Firma ist von der Kgl. Sachsenischen Bahnhofverwaltung das Ein-, Aus- und Umladen der Güter am Dresdner und Bayreischen Bahnhof übertragen. Die bei der Firma tätigen 150 Arbeiter sollen nun um das Koalitionsrecht gebracht werden, damit Herr Hebel in seinem Profitmachen ungestört bleibt. Hatte da der Handels- und Transportarbeiterverband es fertig gebracht, in das Gehege des Herrn Hebel einzubrechen und eine Anzahl dieser Ausbeutungssubjekte die Augen zu öffnen, so daß sie sich organisierten. Das blieb Herrn Hebel nicht unbekannt und er unternahm dagegen einen Kampf mit einer Art von Waffen, worin er unmöglich Sieger bleiben kann. Was irgendwie im Verbaute des Organisationsfeins stand, wurde von Hebel ohne weiteres entlassen, und zwar mit der ungeheurelichen Begründung: Die Bahnhofverwaltung habe ihm dies vorgeschrieben.

Das schlägt nun gerade noch, daß den den Privatunternehmern beschäftigten Arbeitern das Koalitionsrecht auf diese Art entzogen würde. Vorläufig wird ja abzuwarten sein, ob die Bahnhofverwaltung zu der Behauptung Hebels schwieg. jedenfalls werden die Arbeiter die Sache nicht ruhen lassen.

Wie notwendig die Arbeiter das Koalitionsrecht und die Organisation zur Besserung ihrer Lage benötigen, zeigen ja gerade die Zustände bei Hebel am allerdeutlichsten. 250 Ml. ist der übliche Tagelohn des Arbeiters für eine schwere Arbeit beim Herrn Hebel. Bei schlechtem Licht und auf holperigem Boden müßten sie bis zu 14 Zentner schwere Lasten auf die Speicher transportieren. Wer 8 Ml. Tagelohn bekommt, muß schon 8 Jahre und noch länger bei der Firma beschäftigt sein. Ist schon die mangelhafte Beleuchtung und der holperige Fußboden aber geziignet, Unfälle herbeizuführen, so trügt die überlange Arbeitszeit auch noch wesentlich hierzu bei. Sonntagsarbeit ist regelmäßig. Die Arbeiter haben erst den dritten Sonntag einmal einen freien Tag.

Wo der Lohn gering und die Arbeitszeit lang ist, kommt gewöhnlich auch noch eine schlechte Behandlung hinzu. Hebel kann der Unternehmer selbst ein ganz anständiger Mensch sein. Die miserable Behandlung der Arbeiter befürchten schon seine Freunde; so ist es in der kantonalistischen Verordnung. Beschwerden über die schlechte Behandlung haben auch die Arbeiter von Hebel in großer Masse. Besonders was die Verhöpfung anlangt, wird da Außergewöhnliches geteilt, und in erster Linie soll sich der Vorarbeiter Spörde dienten hervorheben. So wie bei Hebel sind die Zustände aber noch bei verschiedenen andern Firmen. Besonders können sie freilich nur durch die Organisation werden. Darum auf, alle Arbeiter des Verkehrsgewerbes in die Organisation!

Mülheim a. R. Ein wahres Eldorado für Arbeiter scheint die am Orte befindliche Spedition, Roll- und Möbelführerfirma H. Becker zu sein, indem dort wahrlich traurige Zustände herrschen. Herr Becker weiß seinen Postell zu wahren; in einer Haftpflichtversicherung geht er nicht, sondern er zieht jedem Guhmann 8–10 Ml. Lohn ab, um sich schadlos zu halten, wenn ein Kollege etwas entzweifährt. Das ist wirklich ein edler Zug des Herrn Becker. Ebenso zieht er seinen Leuten prompt die Feiertage ab, trotzdem die Kollegen im Wochenlohn stehen, hier scheint Herr Becker noch sehr wenig von der Gewerbeordnung zu verstehen. Auch die Arbeitszeit ist eine unmenschliche. Des morgens früh um 6 Uhr stehen die Pferde schon angeholt im Stall, auch öfter schon angespannt auf dem Hof, damit der Guhmann nur seine Pferde zu nehmen braucht und losfährt, dann geht es durch bis abends 9, 11, auch 12 Uhr. Beim Ausfahrtssingen bewilligt die Firma 70 Pf. Spesen. Ein Kollege, welcher von 8 Uhr morgens bis abends 12 Uhr auf der Tour gefahren war, fand, als er zurückkam, schon wieder einen Wagen bespannt vor, womit er gleich wieder ausfahren sollte, also waren 24 Stunden Arbeitszeit noch nicht genug. Dann bellagt man sich noch über die vielen Unglücksfälle, dann heißt es meistens, der Fuhrmann war befohlen, wo doch eigentlich nur der Unternehmer die Schuld trägt, weil die Kollegen durch die unmenschliche lange Arbeitszeit ihre Knochen nicht ausruhen können und ihnen jeglicher Schlaf entzogen wird. Und hierfür bekommen die Kollegen den heruntergegangenen Lohn von Ml. 21., steigend nach halbjähriger verdächtiger Tätigkeit auf Ml. 24., das macht bei durchschnittlich 90 stündiger Arbeitszeit pro Woche einen Stundenlohn von 28½ Pf. und können die Kollegen heraus erkennen, zu welchem Hungerlohn sie ihre Knochen hergeben und verlaufen. Außerdem möchten mit den lösli. Lierfußverein bitten, doch mal ihr Augenmerk auf verschiedene Pferde zu lenken, es werden nämlich von dieser Möbelführerfirma Tiere gehalten, welche lässende Wunden am Kopf und den oberen Beinen bilden und so unheimlich ihre Arbeit lassen müssen. Der Herr Unternehmer darf sich dies alles erlauben, nur wenn ein Fuhrmann mal die Peitsche gebrauchen muß, dann heißt es natürlich, das ist Tierquälerei und er wird deshalb bestraft.

Den Fuhrleuten aber rufen wir zu, treten ein, Mann für Mann, in den Zentralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter, denn er nur allein ist imstande, Euch bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu schaffen, erfreutet deshalb Mann für Mann in der nächsten öffentlichen Versammlung, welche am Sonntag, den 18. Februar, im Lokale des Herrn W. Landert, Berlin, G. Neuhaus, Rheinische Straße, am Eppinghofer Bahnhof, morgens 11 Uhr stattfindet.

München. Vor dem Schössengericht wurde lästig einer unserer Streitposten freigesprochen. Die Polizeidirektion hat nun an die Amtsgerichtshofstelle darüber erlassen, die gegen dieses freisprechende Urteil eingeklagte Verurteilung aufrecht zu erhalten. Das Schriftstück der Polizeidirektion, geschnitten hat noch Salber, ist so merkwürdig, daß wir es im Wortlaut veröffentlichten:

"Sant Alten zurück an Herrn Amtsgericht H. mit der Weisung, die Verurteilung aufrecht zu erhalten, nachdem dieselbe vorläufig begründet erscheint. Es wird nicht in der Zuständigkeit des Schössengerichts gelegen sein, die

Ordnungsmäßigkeit der Instruktion der Schulmannschaft überhaupt zu prüfen; daß dieselbe u. a. durch das Verkehrsinteresse in hohem Grade geboten war, geht aus deren Begründung zur Genüge wohl hervor. Das Umstehen — verbunden mit Steuerfallen unsäglichen Möbelwagen auf der Fahrtstraße, Stundenlange Belästigung des Postaußenverkehrs durch die Pader usw. — ist mit derartigen Verkehrsstörungen verbunden, daß die Beschleunigung dieser Arbeiten und damit die Herabsetzung jeder Abseitung der Verkehrsbelastung — wie sie naturgemäß auch bei passivem Verhalten der Streitposten, ganz besonders aber bei Auf- und Abholen derer, von dem fraglichen Hause eintritt — im öffentlichen Interesse gefordert und polizeilich unterstützt werden muß. Daherlängst die Regelung auch vom präventiven polizeilichen Standpunkte aus behufs Verhinderung von Ordnungsstörungen gerechtsam war (Art. 102 Abs. 1 Gesetz a. R.-St.-P.-O.) gelingt am besten der im gleichen Urteil unterschiedene und räumlich wie zeitlich zusammenhängende Fall Niedermeyer. Unzutreffend sind die Ausführungen des SchössengerichtsUrteils, daß der Angeklagte sich so lange als Streitposten auf der Straße an einem Platze bewegen dürfte, als hierdurch nicht der Verkehr oder die öffentliche Ordnung gestört würde. Auch durch diese Konstatierung wird der Polizeibehörde das unbedingt notwendige und allgemein zugestandene präventive Einschreiten abgesprochen. (Art. 102 a. a. O.) Das Streitposten als die ersten Erreger von Verkehrs- und Ordnungsstörungen selbst bei passivem Verhalten sind, ist die durch die Streit- und Aussperrungen gezielte Erfahrung nicht nur — wie in der beliebigen Instruktion ausgeführt — der Polizeidirektion München, sondern auch aller anderen innerländischen und ausländischen (Basel, London) Polizeibehörden. Diese Erfahrung wird auch von den obersten Gerichtshöfen (Hansettheiliges Obergericht in Hamburg, O.-L.-C. Dresden, Kammergericht Berlin) längst nicht mehr unbedacht gelassen.

München, den 11. Dezember 1905.

Königliche Polizeidirektion.
gez. H. Lederer."

Der Amtsgericht, der diese Weisung erhalten hatte, machte sich die Antwort leicht. Er föhrte einfach darunter:

"Zum 1. Amtsgericht München 1 mit dem Eruchen um weitere Veranlassung, wobei ich mit zu bemerken erlaube, daß die Verurteilung mit vorstehender Ausserung der 1. Polizeidirektion begründet."

Das Schreiber ist ja wohl nicht anders aufzufassen, als daß eigentlich der Polizeidirektor und ihren Organen niemand etwas dareinzureden hat und daß die Streitposten sich auch einer Verkehrsbelastung schuldig machen, wenn sie gar keine Verkehrsbelastung hervorgerufen haben. Wenn das Schreiber nicht schwär auf weiß vor uns gelegen hätte, würden wir seine Erklärung bestreiten, ob schon wir von der Münchener Polizei manches Stückchen davon gewußt sind.

Plauen i. B. Kollegen, durch unzählige Versammlungen und Blätter haben wir Euch resp. und wir Euch herangetreten, um Euch über Eure unmenschliche Lage, Behandlung und Bezahlung aufmerksam zu machen und Euch den Wert einer modernen Organisation klar vor Augen zu führen, nichts von allem hat getröstet. Könnten sonst Dinge passieren, wie in folgendem bezeichneten Fälle die Blauschen Verhältnisse drastisch illustriert werden, die sich bei der Firma Franz Bösl am 8. Weihnachtsfeiertag abgespielt haben? Schreibt man da in später Nachmittagsstunde einen Geschäftsführer mit einem Wagen Brillens von Bahnhof nach dem Ortsteil Höselberg. Nach dem Abholen derselben nahm er einige Wissen zu sich und fuhr um 7½ Uhr ins Gefäßamt. Die Begrüßung eines gewissen Herrn Scharg lautete in barschem Ton: „Fahre weiter hinten, sonst bleibst Du ganz draußen.“ Diejenige des Herrn Bösl jun. antwortete: „Wo kommt Du erst her, Du alter, boshafter Lump.“ Ohne Widerrede folgte der Geschäftsführer zunächst der Wellung Schargs, um nachdem, von Bösl jun. vom Wagen heruntergegangen, von beiden gemeinschaftlich geschlagen zu werden. Die Folge dieses Vorganges ist, daß der Geschäftsführer heute ein Bruchstück trägt und wird die Sache jedenfalls noch ein gerichtliches Nachspiel haben.

Kollegen, gehen Euch die Augen noch nicht auf? Begreift Ihr noch nicht, daß nur eine geschlossene Organisation hier Abhilfe schaffen kann? Was nicht Euch ein Auscherbern, was ein Marttielserverein? Beides sind ja nur Vergnügungsvereine, dazu angelegt, um Euch weiter Harmonieleidet freiließen zu lassen um die schönen Augen der Herren Prinzipale wollen.

Merkt man doch, wenn obige Vereine Verfammlung oder sonst was los haben, wie sich selbst Verbandskollegen rütteln, um ja den Rummel nicht zu verlieren. Und die Verbandsversammlungen? Ja, Bauer, das ist etwas anderes: da hat man Bett bis 10, 11 Uhr oder auch gar keine. Darum, Kollegen, die Ihr uns noch fern steht, schreibt Euch Eurer Verfassungsorganisation an, agiert unter Euren Kollegen, das gleiche zu tun, um endlich auch in unserem Berufe menschenwürdige Zustände schaffen zu helfen.

Stuttgart. Einiges für die Sammelmappe des königl. württemb. Hoffspediteurs Herrn v. Maur.

Als es sich für die Staatsanwaltschaft darum handelte, gegen den Gauleiter Material wegen Ehrverlehung der P. v. Maurschen Streitbrecher herbeizubringen, da konnte Herr v. M. im Interesse seiner Untertanen nicht missbrauchen. Er öffnete seine Sammelmappe und stellte der Polizei einige seine fotografisierte Zettel zur Verfügung, in der Hoffnung, es mögliche dann leichter gelingen, den Freyler hinter schwedische Gardinen zu bringen. Er selbst stand sich zur Verhandlung als Zeuge ein und jedenfalls befand er sich damals in einer annehmbareren Situation als am 22. Januar — das Datum ist leicht zu merken, Herr v. M. — wo er in einem Dienststabs- und Hebereiprozeß gegen oder für vier seltner Getrenntesten zeugen mußte.

Die Geschichte war so: Ein mit 18 Ml. Wochenlohn bei der Firma Bach u. Co. bedienter Pader steht

seitdem Arbeitgeber in etwa 2 Jahren um 886 Mart Hembelstoffe, Flanelle, Blusen- und Schürzenstoffe, Bettzeug und Bettlaken, insgesamt 900 Meter. Nun ist das Stecken manchmal leichter als jut die gestohlenen Sachen Abnehmer zu finden, doch wußte der Pader ancheinend, daß er an den P. v. M. Streitbrecher genügend Leute findet, welche unsaubere Geschäfte mitmachen. Die vier laufen denn auch „sehr billig“ ein, wie der Verkäufer vorsichtig meinte, und zwar: Johanna e. Sauer in Solche im Antlaußwert von 156 Mart um 35 Ml. Gottlieb Häberle solche im Wert von 42 Ml. um 8 Ml. und endlich der Christian Delestreich der solche im Wert von 104 Ml. um 56 Ml. Was die Benennung von den Waren nicht gebrauchen konnten, wurde wieder weiter verfaßt — es war ein ganz schwindvolles Geschäft — und wir glauben, daß sich die P. v. Maurschen Einhaber auf wohlbefindlich 6 Ml. Neben verdienst stellen, wenn sie es alle so machen. Gelegentlich der Verhandlungen bei der Lohnbewegung bestritten wir dies, doch Herr v. Maur muß es wissen und heute glauben wir es bezüglich dieser vier und einziger Geleuten, die Herr v. Maur später kennen lernen wird. Wir verweisen ihn diesbezüglich auf Nr. 26 des "Courier", Seite 318, vorletzter Absatz, welche Nummer wir gleichfalls für die Sammelmappe empfehlen. Doch wieder zurück zu unseren "Sitten im Lande". Das Geschäft, welches diebstahl machen, nemmt man leichter und der Hester usw. So beantragte denn der Staatsanwalt gegen Maier 14 Tage, Sauer 1 Monat, Häberle 8 Tage und Delestreich 8 Wochen. Das Urteil lautete für Maier auf 10 Tage, Sauer 14 Tage, Häberle 7 Tage Gefängnis, Delestreich wurde freigesprochen, weil ihm der Pader sagte, es seien juridisch gesetzte Waren. Der Pader erhält 6 Monate Gefängnis, da er mit 18 Ml. Wochenlohn seine Familie selbstverständlich nicht ernähren konnte und deshalb zum Dieb werden mußte.

Anhalt, daß sich diese Leute einer gewerkschaftlichen Organisation anschließen und durch diese dahin wirken, einen auskömmlichen Lohn zu erreichen, werden sie zu Spitzbuben, sie fallen den ehrlich kämpfenden Arbeitsblütern dem Streit in den Rücken, machen Schmarotzer und werden zu Helden.

Am 28. Januar, genau ein Jahr vorher, wurden von derselben Firma, in der diese "Aer" noch arbeiten, vier ehrliche und tüchtige Kollegen hinausgeworfen, weil sie sagten, was sich rechtschaffene Männer gezeigt, weil sie sich dem Verband angegeschlossen halten. In den Augen des sozial württembergischen Hoffspediteurs ist das leichter, scheint's, ein großes Verbrechen, als wie sie stehen und behalten. Aber was sagt die Generaldirektion dazu?

Auch wir haben eine "Sammelmappe", und wurde Herr v. Maur einmal Einzelne in dieselbe erhalten, so würde er kaufen, wiebiete "Händler" und "Kaufleute" er noch in seinen Diensten hat. Wenn wir es an der Zeit halten, werden wir mal der Generaldirektion einen Blick in dieselbe tun lassen, und auch die Direktion des kleinen Konsumvereins dürfte sich vielleicht einmal für die Sammelmappe interessieren. Dann wird sich zeigen, ob jener Arbeiter, der seine Forderungen ehrlich vertritt, der treue Mitglied seiner Gewerkschaftsorganisation ist, ob dieser Arbeiter schlechter sein soll, wie die Sauer, Delestreich und Konfönen.

Dem Streitgesang des Geschäftsführers, Herrn Baumester, sind ja eine Anzahl Fußleute des Betriebes gefolgt und haben den Verbände den Rücken gelehnt. Doch nur eine Zeitlang; jeder rechtschaffene Guhmann weiß, daß es für ihn gar nichts anderes gibt, als Verbandsmitglied zu sein, deshalb schließen sie sich wieder der Organisation an, und es ist nur in ihrem eigenen Interesse.

Weil wir heute schon Arbeitgeber haben, welche die organisierten Arbeiter bevorzugen, so wird mit der Zeit auch die Firma P. v. Maur zur Einsicht kommen.

Stuttgart. Die "Großen" und die "Kleinen". Wie recht wir hatten, daß wir die kleinen Fuhrunternehmer Stuttgarts, die sich dem Arbeitgeberbund für das Fuhrunternehmen anschlossen, als die Genossenschaften bezeichneten, das beweist ein Vorgang aus leichter Zeit, wo unsere Eulen den "plebejischen Bauern" wieder mal zeigten, wie sie eigentlich sind. Es handelt sich um den Viehtransport Bahnhof-Schlachthaus. Diese Eulen sollten lange bei dem Fuhrverbetrieb Gustav v. Maur inne, und zwar verdiente er nach seinen Leidungen an diesem Geschäft so wenig, daß er die Fuhrleute, welche den Transport nach ihrer Tageszeitigkeit noch bei der Nacht ausführten, bis Ende mit 30 Pf. entschädigte. In der Nacht stellten sie die Fuhrleute oft nur auf 90 Pf. bis 1.50 Mark, manchmal auf 2.10 Mark. Der Fuhrmann setzte aber bei diesem Geschäft sein Leben aufs Spiel, einer kam dabei um, andere wurden mit hohen Polizei- und Bahnstrafen bedacht. Es blieben den Leuten dann drei Stunden Schlaf, und dann geht es wieder ins alte Tagwerk. Für dieses Geschäft wollte gelegentlich der Lohnbewegung im vergangenen Frühjahr Herr G. v. M. 3 Ml. bezahlen, wie er in der Unternehmerkommission zugab. Weg nun sein, daß ihn seine ehemalige Hölle oder der Pader abschüssig machen — er bezahlt heute wieder, was ihm steht. Nebenbei wollen wir noch bemerken, daß dies der einzige gräßliche Betrieb ist, wo die Leute noch am Sonntag ausbezahlt werden. In diesem Betrieb war auch ein Vorarbeiter, der ehob in das Geschäft hinein und dabei stand, daß im Viehtransport doch etwas verdient wird. Dieser Vorarbeiter setzte sich mit einem kleinen Fuhrunternehmer in Verbindung, um die so "unrentablen" Schlachthausfuhrer selbst zu übernehmen. Wie es scheint, erhielten beide von den möglichen Personen auch die Zusage, denn sie ließen sich neue Viehtransportwagen anstrengen und die Geschäfte lernte lösen.

Da segnet die "Großen" ein. „Du läßt den Viehtransport nicht aus und wenn Du die Fuhre um 3 Pf. machen mußt, soll ein Beter zum andern gesagt haben. Dann spanne der Herrschafsstücker ein, die Herrschaften stellten sich zwischinen in eine bessere "Schule" und nun ging's vom Schlachthausverwalter zum Viehhandler und

vom Viehhändler zum Bahnhofssinspiztor, das Telefon spielt und der Schluß — der „kleine“ kann seine Wagen auf den „Gähloß“ stellen als warnendes Beispiel für jeden Fuhrwerksbesitzer, der beruhigen sollte, den Herren die „schlechten Geschäfte“ abzunehmen. Die kleinen Fuhrunternehmer sollten doch endlich wissen, daß nur die Großen das Recht haben, ihnen die Geschäfte wegzunehmen. So hat es der Fuhrwerksbesitzer Müller von der Vorstraße von Herrn G. v. W. erfahren, so haben es Dutzende anderer Fuhrunternehmer von der Firma G. auch erfahren. Deshalb werden sie sich, wenn es gegen die Arbeiter geht, doch wieder von den Großen für ihre Zwecke gebrauchen lassen. O santo simplicissima.

Stuttgart. Aus dem Stoffherstellerebetrieb des Hoflieferanten Merle oder: Wie man sich billig amüsieren kann. Dem Kutscher G. W. wurden Ende November von seinem 70 Mark betragenden Monatslohn ganze 21,90 Mr. ausbezahlt und können wir nicht umhin, einen Zahlungszettel zu veröffentlichen.

Zahlungszettel

von C. Merle, Hirzstraße 21.	
1. Wagen lackiert	20,00 Mr.
2. Scheibe	8,50 "
3. Strafe wegen schnellen Fahrens	5,00 "
4. Sonntag, den 6. November Wilhelm an Kutscher bezahlt	3,00 "
5. Morgens 8 Uhr im Bett geholt	1,00 "
6. Abzug für 1 Tag Arrest	2,30 "
7. Für die Straßenbahn: Beschädigung des Wagens	8,00 "
8. Eine Scheibe im Landauer	1,30 "
9. Krantengeld	3,00 "
10. Ab für zu spät aufzuhören	1,00 "
Summa 48,10 Mr.	
Wieben von	70,00 Mr.
macht 21,90 Mr.	
48,10	

Die Strafen Nr. 1, 2, 3, 6, 7 bezahlen sich nun darauf, wie der Kollege am 6. November, abends 10 Uhr, beim Wilhelmspalast herausfuhr und mit einem daherkommenden Straßenbahnwagen, dem er nicht mehr ausweichen konnte, karambolierte.

Nr. 4 ist dafür, daß Merle den Kutscher nach Hause schickte und einen anderen für ihn fahren ließ.

Zu Nr. 5: Am andern Morgen war der Kutscher des Kutschers, in dem sich seine Arbeitsstätte befanden, in die Zimmer Merles geschossen und dort eingesperrt worden. Nachdem er seine Werkstattstelle hatte, konnte er aufstehen und arbeiten.

Nr. 8: In einem Landauer war seit langem eine zerbrochene Scheibe. Der Stoffmeister beauftragte den Kutscher, die Scheibe zum Glaser zu tragen. Als dieselbe zufällig gebrochen wurde, bestimmt die Mutter des Herrn Merle: Wer die Scheibe fortgetragen hat, soll sie auch bezahlen.

Zu Nr. 10: An einem Sonntag Morgen mußte Merle seine Kutsche, die erst um 4 Uhr heimgefommen waren, um 7 Uhr wieder, was jedem 1 Mr. kostete. Bei Merle ist nicht ein Kutscher organisiert, deshalb Kommentar überflüssig.

Pariser Transportarbeiterstreit. Seit dem 12. Januar in Paris die in den Weltgroßhandlungen beschäftigten Transportarbeiter. (Kärrner und Rollwagenkutscher). Sie fordern den wöchentlichen Ruhestand, einen Wintermallohn von 7,50 Frank pro Tag, Abschaffung von Rost und Logis beim Unternehmer, zehnstündige Arbeitszeit und einen prozentualen Aufschlag für Überstunden. Bisher waren die Lohn- und Arbeitsverhältnisse total unregelmäßig und es hatten sich dadurch die schwärmenden Maßstäbe eingebürgert. Der Lohn ist bei den außer dem Hause Verkäufern ein sehr niedriger, 8,50—9,00 Frank pro Tag. Außerdem ist die Arbeitszeit eine nahezu unbegrenzte, besonders bei den im Hause des Unternehmers Verkäufern. In den ersten Tagen hatten sich nur etwa 1500 dem Streik angeschlossen und die Unternehmer zeigten sich dabei wenig zugänglich. Das änderte sich, was sie boten, war eine Erhöhung des Tagelobens um 50 Centimes auf 4,50 Frank. Sie hofften, daß die Mehrzahl der Streikenden Montag die Arbeit wieder aufnehmen würden und der Streik damit beendet sein würde. Die Bewegung nahm jedoch eine entgegengesetzte Wendung. Statt einer Abnahme, war am Montag eine Zunahme von mehr als 500 Beschäftigten zu verzeichnen, so daß zur Stunde mehr als 2000 sich am Streik beteiligen. Infolgedessen zeigten sich die Unternehmer den Forderungen der Streikenden etwas zugänglicher. Die Unterhandlungen haben zwar noch zu keinem Resultat geführt, doch schnell vorhanen zu sein, daß es noch zu einer Vereinbarung kommt und der Streik mit Erfolg beendet wird. Wie immer, zeigte sich die Polizei sehr tätig — im Interesse der Unternehmer. Es kam zu mehrfachen Zusammenstößen zwischen den Streikenden und der Polizei, die jedoch glücklicherweise keine ernsthaften Folgen hatten. Die Streikenden sind entschlossen, die Arbeit nicht eher aufzunehmen, ehe nicht ihre Forderungen erfüllt sind.

Gesetzliche und Mitglieder-Versammlungen.

Bremerhaven. Am 5. Januar tagte eine sommerliche Sitzung der Ortsverwaltungen und Vertreute, Leute der Bahnhofs-Bremerhaven vom Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiterverband und vom Verband der Hafenarbeiter und Seeleute.

Nach einer eingehenden Diskussion gelangte noch folgende Resolution fast einstimmig zur Annahme:

Die Vorstände und Vertreute lehnen oben genannte Organisationen hassen den Zusammenfluß zu einem Industrieverband unter allen Umständen für notwendig. Schön allein in Auftrag des stark isolierten, kapitalistischen Unternehmens im Verkehrsverkehr gedeckt einen engeren Zusammenschluß der in Frage kommenden Gewerkschaften, damit nicht allein eine kräftige Abwehr bei Angriffen seitens der Unternehmer, sondern auch eine

bessere Aktionssicherheit bei Bewegungen durchgeführt werden kann.

Die Kollegen allerorts werden erachtet, hierzu Stellung zu nehmen und die Centralvorstände beauftragt, die seit zu nehmen und die Centralvorstände beauftragt, die seit langen Jahren geplante Verschmelzung endlich zu verhindern.

Die Ortsverwaltung Bremerhaven. Wir wollen hierzu bemerken, daß es nicht an unserem Centralvorstand liegt, wenn dieser nicht mehr für den Zusammenschluß getan werden will. So lange die Mehrzahl der Mitglieder des Hafenarbeiterverbandes von der Schaffung einer gemeinsamen Organisation nichts wissen will, werden alle dahinterstehenden Arbeiten unseres Verbandes vergebens sein. In den Händen der demnächst in Stettin stattfindenden Generalversammlung des Hafenarbeiterverbandes liegt es allein, die dem Zusammenfluß entgegenstehenden Hindernisse hinwegzuräumen. Es muß also vorerst abgewartet werden, was dort in der Sache geschieht.

D. R.

Stimmtshaus. Die hiesige Zahlstelle hält Sonnabend, den 6. Januar, ihre diesjährige Generalversammlung ab, welche stets auf besuch war. Der Vorsteher wünschte, daß die Kollegen dieses Jahr kräftiger für den Verbund agitieren sollten. Auf der Tagesordnung stand die Abstimmung, die Revisorin beantragt, dem Kassierer Decharge zu erteilen, welches einstimmig angenommen wurde. Bei der Neuwahl wurden der Bevollmächtigte und der Kassierer einstimmig wiedergewählt, zum Schriftführer wurde Kollege Werner gewählt. Die Revision liegt in den Händen der Kollegen Paul Otto, Gustav Horn. Zu Kartelldelegierten wurden die Kollegen Max Heinenberger und Julius Fülls wiedergewählt. Die Gewählten batzen, daß man sie in ihrer Tätigkeit tröstlich unterstützen und ein jeder selbst Kassier sei. Beim Kartellbericht entspann sich eine längere Debatte über das Kranthaltenwesen, durch gegenseitiges Aufräumen wurde die Frage zur Zufriedenheit der Anwesenden erledigt. Dann wurde erörtert, welche Taktik die Verwaltung im neuen Jahre einzuschlagen soll, Auflösung des Rollfuhrvereins usw. — In Betracht eines besseren Besuchs der Versammlung wurde die Sache dem Vorstand in die Hände gegeben. Hierauf hatte die Versammlung ihr Ende erreicht.

Darmstadt. In der am Sonntag, den 14. d. Mts., stattgefundenen Generalversammlung wurde von dem Kollegen Voit der Jahresbericht erstattet. Hierauf erfolgte die Neuwahl des Vorstandes, nachdem über diesen Punkt eine allgemeine Aussprache stattgefunden hatte. Es wurden sechs verschiedenen Vorschlägen der Kollegen Konrad Schaefer, der Vorsteher, der Kollege Bernhard Voit als Kassierer und Kollege Ernst Neumann als Schriftführer wiedergewählt. Als Revisoren die Kollegen Laubacher und Berghold, welche zugleich als Kartelldelegierte fungieren, bestimmt. Es meldeten sich mehrere Kollegen zum Wort. Zugleich die ganze Versammlung bisher ruhig und ordnungsgemäß verlaufen war, kam es im letzten Punkt zu leidhaften Debatten. Unter anderem meldete sich ein Kollege Wohlfarth, der gleich beim Anfang seiner Rede seinen Austritt erklärt und führte aus, nachdem er seit dem 25. Januar 1905, also ein Jahr Mitglied ist — — wenn wir einen Fuhrmannsverband — — gründen wollen, dann müßten wir auch seiner Unwillung folgen und den Fuhrleuten für Fahrtchein sorgen. Auch schrieb der Kollege Wohlfarth mit seinen anderen Arbeitern zusammen, daß er sich nur darauf hinweisen möge, daß in Darmstadt ein beratlicher Verband nicht mehr zu gründen sei, sondern bereits besteht, der allerdings den Namen „Centralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter und Arbeitern Deutschlands“ führt, was er ja laut der Statuten seines Mitgliedsbuches hätte ersehen können, und nicht nur Fuhrleute, sondern alle Transportarbeiter in sich einschließt, was der Name schon selbst besagt und daß der Kollege Wohlfarth nicht so ettel sein sollte, die einem anderen Berufe angehörenden Kollegen zu verabscheuen, denn auch er könne noch in die Lage kommen, die Rolle eines Tagelöhners, Hausdiener oder Geberupfers übernehmen zu müssen. Hierauf wartete der Kollege Wohlfarth nicht ab, bis ihm alle seine Aussprüche widerlegt waren, sondern hatte sich schleunigst verabschiedet. Nachdem noch andere Angelegentheiten in ruhigem Tone erledigt waren, wurde die Versammlung geschlossen.

Dresden. Die hiesige Verwaltungsstelle hält am 24. Januar ihre ordentliche Generalversammlung ab.

Aus dem Geschäftsbericht ist zu entnehmen, daß im 4. Quartal stattgefunden haben 16 Agitationssitzungen, 8 Mitgliederversammlungen, 9 Betriebsbefreiungen, 10 Verhaltungsversammlungen und 7 sonstige Sitzungen. Rechtsdokument wurde Kollegen in 7 Sälen gewährt. Die Arbeitsvermittlung gestaltete sich wie folgt: Im 4. Quartal waren arbeitslos gemeldet 56 Kollegen, Stellen gingen ein für fest 11, zur Aushilfe 115. Besetzt wurden für fest 6, zur Aushilfe 84 Stellen. Am letzten Tage des Quartals waren noch 25 Arbeitslose vorhanden. Der geschäftliche Verlauf im Bureau war überaus rege. An Briefen und Drucksachen gingen ein 125, an Postaten 124, Verhandlungen 262 Briefe und Karten, 124 Drucksachen und 8 Pakete. An Schriftstücken wurden ergänzt 14. Der Mitgliederbestand belief sich folgendermaßen: Am Schluß des 5. Quartals waren vorhanden 1886 männliche und 82 weibliche Mitglieder. Im Laufe des Quartals kamen hingegen 153 männliche und 11 weibliche Mitglieder, ausgetreten bzw. abgereist in andere Verbands übergetreten sind 174, verstorben 8. Der Mitgliederbestand betrug am Schluß des 4. Quartals 1812 männliche und 40 weibliche Mitglieder. Der Bevollmächtigte erwähnte die Kollegen im neuen Geschäftsjahr die Ortsverwaltung nach Kräften zu unterstützen und erklärte für die Weiterentwicklung der Zahlstelle mit Edig zu sein, dann würden wir am Schluß des Jahres 1906 mit bedeutend besseren Erfolgen abschließen können. An den Bericht schloß sich eine kurze Debatte. Ein Kollege bemängelt die Erledigung des Falles Rödt seitens des Centralvorstandes, Redner ist der Meinung, daß R. aus dem Verbande auszuschließen sei. Der an-

wesende Verbandsvorsteher Kollege Schumann geht deswegen auf die Angelegenheit Rödt ein und rechtfertigt in seinen Ausführungen den Standpunkt des Centralvorstandes. Er kommt dann zu dem Schluß, daß R. für seine nicht ordnungsgemäße Geschäftsführung verantwortlich gemacht werden sei und verliest eine Erklärung desselben, wonach er sich versichert, die ihm verloren gegangenen Marken zu erlegen. Kollege Schumann erachtet hierauf die Generalversammlung, es habe beweisen zu lassen und die Angelegenheit endgültig aus der Welt zu schaffen. Inzwischen sind zwei Anträge eingegangen, welche fordern, daß über die Angelegenheit Rödt zur Tagesordnung übergegangen wird. Die Abstimmung darüber ergibt die Annahme auf Übergang zur Tagesordnung gegen wenige Stimmen. Damit wäre diese Angelegenheit erledigt.

Den Kassenbericht erstattet Kollege Richter. Die Einnahmen belaufen sich im 4. Quartal auf 1229,63 Mr., die Ausgaben auf 1181,88 Mr. Es bleibt demnach ein Kassenbestand von 1216,80 Mr.

Auf Antrag der Revisorin wird dem Kassierer Decharge erteilt.

Vor Eintritt in den zweiten Punkt der Tagesordnung verweist der Vorsteher auf das den Mitgliedern eingehändigtes Verwaltungs-Reglement, erläutert die einzelnen Paragraphen derselben und erachtet, dem Entwurf zu zustimmen. Ohne Debatte gelangt dasselbe hierzu zur Annahme. Die Wahlen zur Ortsverwaltung, welche nunmehr vorgenommen wurden, ergaben folgendes Resultat: Erster Bevollmächtigter Bergmann, zweiter Bevollmächtigter und Kassierer Dr. Richter, Schriftführer Daub, Belehrer die Revisorin, Weiß, Reichelt, Höller und Lichtenberger. Zu Revisorin wurden gewählt die Kollegen Georg, Erich und Reißig. Als Delegierte zum Gewerkschaftsratell wurden gewählt Daub, Golde, Bergmann und Jäpel. Unter Verbandsangehörigen macht der Vorsteher Kollege Schumann auf das neu eröffnete Werk. Die deutschen Straßenbahner und ihre Arbeitsverhältnisse aufmerksam und erachtet, für regen Betrieb des Busses Sorge tragen zu wollen. Hieran schloß eine kurze Debatte. Kollege Bergmann weist auf das am 27. Februar im Trianon stattfindende neunte Stiftungsfest unserer Zahlstelle hin und erachtet die Kollegen Richter mehr Interesse für den Verband zu zeigen, da doch am 15. März der neue Vogtartif. zur Führung kommen muß und die Kollegen ihre Pflicht nach jeder Richtung zu erfüllen hätten. Nachdem das Urteil von den drei verbliebenen Kollegen Günther, Richter und Werner in der üblichen Weise gegeben wurde, gewählt wurde der Vorsteher der Verfassung.

Einen a. d. R. Eine außerordentliche Generalversammlung der hiesigen Zahlstelle, welche sehr gut besucht war, tagte am Sonntag, den 14. Januar. Bei der nunmehr vorgenommenen Vorstandswahl wurden gewählt:

Erster Vorsteher Otto Dör, Bischofsfest, 67, zweiter Vorsteher Hans Berger, Bischofsfest, 10, erster Kassierer Franz Göb, Brühlstraße 8, zweiter Kassierer Heinrich Freitag, Klosterstr. 31, erster Schriftführer Herm. Junter, Lindenstraße 259, 2. Schriftführer Fr. Daugs, Altenförderstraße 259. Als Revisorin Wilh. Bosse, Bischofsfest, 10, Gustav Stroh, Engelbrecht 81, und Aug. Huber, Wellinghofstraße 28. Samtliche nahmen die Wahl an. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung referierte Kollege Dör, und legte es den Kollegen dar, daß nur durch eine genaue Rassensführung gelungne Verhältnisse herbeigeführt werden können, und hierbei wäre das Bevölkerungskreis einer unbedingten Notwendigkeit, daßselbe wurde nun auch bei der Abstimmung einstimmig angenommen und wurde dem Rassisten hierfür eine Vergütung von 6 p. ct. zugesprochen. Bei der Wahl der Kassierer meldeten sich eine ganze Anzahl freimüllig und wurden dementsprechend vorläufig sechs Revisoren eingestellt, ebenso wurden die Bevölkerungskreise neu eingestellt. Zum dritten Punkt, Verhältnissen, sprechen noch verschiedene Kollegen, wovon jedoch ein Punkt zur nächsten Sektionsversammlung vertagt. Nachdem Kollege Dör nun den Vorstand zu treuer Pflichterfüllung und festes Mitarbeiten ermahnt hatte, schloß die imponant verlaufene Versammlung.

NB. Als Vereinslokal wurde Restaurateur L. van de Loo, Schützenbahn 58, gewählt und beschlossen, daß jeden zweiten Sonntag im Monat die regelmäßigen Mitgliederveranstaltungen stattfinden, im Winter nachmittags um 6 Uhr und im Sommer morgens um 11 Uhr.

Hannover. In der letzten öffentlichen Versammlung referierte ein Kollege aus Berlin über das Thema: Die Lohnbewegungen und Ausprägungen der jüngsten Zeit und ihr Einfluß auf unsere fernere Zukunft. In einem reich 1½ stündigen Vortrage führte Redner den Anwesenden vor Augen, daß ein Umschauen in unsern heutigen Wirtschaftsfeldern uns zu der Überzeugung bringt, daß wir uns einem Schicksale befinden, und spielt der Kampf zwischen Kapitalisten und Arbeitern ab. Die Gründungschaften der modernen Technik kommen nur der Kapitalistischen Klasse zu gute und wird von dieser noch immer mehr auszunutzen verfügt. Daher führt auch ihr großes Interesse an der Erhaltung der heutigen Zustände. Zuerst haben die gelernten Arbeitern ver sucht, sich in den Genuss ihrer Arbeit zu legen, dadurch, daß sie Organisationen gründeten. Die ungelernten Arbeitern haben in früheren Zeiten fast gemeint, sie seien die Mittel zur Errichtung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht vorhanden. Das ist jedoch falsch, am besten wird es durch die schnelle Entwicklung der in Frage kommenden Organisationen beweist. Insbesondere ist es unter noch junger Transportarbeiterverband, der dies folgend beweist. Diese schnelle Entwicklung hat auch die Arbeitgeber zur Gründung von Organisationen in unserem Berufe gebracht, und so stehen sich zwei kämpfende Parteien gegenüber.

In gewisser Beziehung sind die Arbeitgeber uns von vornherein überlegen, weil ihnen ja bedeutend größere Mittel zur Verfügung stehen und ihre Zahl nur eine geringe ist. Am vergangenen sind natürlich die Leiter der Organisationen, weil, wenn sie erscheinen, gewöhnlich der Gehalt der Unternehmer leiden muss, deshalb werden auch die barbarschesten Mittel zur Bekämpfung der Arbeiterorganisationen angewandt.

Beweis: Die immer mehr und größer erscheinenden Ausperrungen, so in Grimmitzau, Bayern, Rheinland, Westfalen und zuletzt in Berlin, die alle zu dem Zweck infiziert wurden, die Arbeiterorganisation zu vernichten. Durch die neueste Tattik der Unternehmer, die A.B.C.-Ausperrungen, dadurch, daß immer dieselben ausgesperrt werden, sollen die Arbeiter mürbe gemacht und die Kassen gelöst werden. Außerdem sind auch noch die Religion und der Indifferenzismus der großen Massen unsere Feinde. Wie können hier wieder von den Arbeitgebern lernen; die fragen nicht danach, ob Jude, Heide oder Christ, wenn es gilt, die Arbeiter zu unterdrücken, sind sie sich einig. Hier muß von unserer Seite noch mehr getan werden, auch auf uns muß das Wort: „Das Schwert geschlossen, das Pfeil freien“, angewandt werden. Den letzten Mann müssen wir zur Organisation heranziehen und dafür sorgen, daß die Kassen gefüllt werden, um in den späteren Kämpfen gleichzeitig zu sein.

Reicher Beifall wurde dem Redner zu teil. In der Diskussion wurden von verschiedenen Kollegen die hiesigen Verhältnisse beleuchtet und zum Anschluß an den Transportarbeiterverband aufgerufen. Nun meldete sich auch ein Herr Leonhardt, Vertreter des christlichen Hütten- und Transportarbeiterverbandes zum Worte. Er pflichtete dem Referenten und den Diskussionsrednern bei, daß die Zustände in Hannover verbesserungsbedürftig seien, und nur eine große Organisation etwas zu leisten imstande sei. Er erhebt die Überzeugung eines jeden Menschen; er sei jedoch überzeugt, daß die christliche Organisation die allein richtige sei, wenn man ihn vom Gegenteil überzeugen könnte, würde er sich sehr freuen. Seine weiteren Ausführungen waren belanglos, sodass ihm tiefst aus der Menge der Versammlung augehören wurde, erst nach Münchener Gladbach zu gehen und sich Stoff zu holen. Von Vorsitzenden wurde dann die Handlungsweise der Christlichen unter die Lupe genommen, wie sie stets als Trabanten der Unternehmer auftreten, durch Betrat, Streitkunde die freien Organisationen um die Früchte ihrer Kämpfe zu bringen versuchen. Insbesondere wurde der Kölner Hüttenarbeiterkreis beleuchtet, ebenso hielten sie die Straßenbahner in Bonn davon abgehen, während des Kaiserfestes zu streiken und so die ganze Lohnbewegung verpfuscht. Das sei weiter nichts als gemeinsamer Verrat der Arbeiterschaften.

Darauf meldete sich ein Herr Döring (christlicher Zimmerererverband) zum Worte. Dieser erklärte, stolz darauf zu sein, von Frankfurter Streitkunde nach Köln geschickt zu haben, weil die Christlichen bei Aufstellung der Forderungen nicht bestreitet. Die Verhandlung steht mit ihrer Entstehung nach solchen Verhaltens nicht zurück. Vom Referenten wurde dann noch eingehend dargelegt, daß an der Spitze der christlichen Arbeiterbewegung die Schwarzen ständen, die bei der heutigen Gesellschaftsordnung, mit dem Kapitalistischen halten und auch ohne weiteres hielten, weil sie Klassenfeinden deselben sind. Die Kanzlei, der Reichstuhl würde zur Belästigung der wahren Arbeiterinteressen genutzt, zu bedauern seien die Arbeiter, die sich von solchen Führern leiten lassen. Aufgerufen, nur ruhig sich anzusprechen, da in Versammlungen der freien Gewerkschaften volle Redefreiheit gewährt würde, waren die Christlichen doch bald mit ihrem Laten zu Ende. Es wurde dann gegen eine Stimme folgende Resolution angenommen:

„Die am heutigen Tage im „Ballhof“ tagende, von etwa 200 im Handels- und Transportgewerbe beschäftigten Personen befreite Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten voll und ganz einverstanden, und verpflichtet sich sämtliche Anwesende, soweit sie noch nicht Mitglieder des Handels- und Transportarbeiterverbandes sind, demselben beizutreten. Ferner verpflichten sich sämtliche Anwesende in Abetracht, daß nur durch Zusammenenschluß aller Arbeiter an einer Organisation desselbe, menschenwidrigere Verhältnisse in unserem Berufe geschaffen werden können, stets für Ausbreitung der Organisation tätig sein zu wollen.“ Nachdem noch mehrere Kollegen aufgenommen waren, erfolgte 1 Uhr nachts Schluß der gut besuchten Versammlung.

Kempten. Generalversammlung am 14. Januar nach einem Rückblick auf das verflossene Geschäftsjahr wurde zur Neuwahl der Ortsverwaltung gefordert. Es fungierten als Bevollmächtigte Josef Inhofer, Kassierer Job Veine, Schriftführer Alphonse Kleiner, Bevollmächtigter Hermann und Peter Pandler, Revisor Anton Kreuer und Jakob Bader. Die Verwaltungsstelle hat im vergangenen Jahre ihre Mitgliedszahl von 80 auf 185 gesteigert. Das neue Geschäftsjahr muss bei stärkerer Agitation gleiche Erfolge bringen. So mancher Kollege konnte in Fällen von Krankheit und Arbeitslosigkeit kräftig unterstützen werden, eine Pflichtung für alle im eigenen Interesse dem Verbande unentwegt treu zu bleiben.

Krefeld. Am 7. Januar fand eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt. Nach gegebenem Kassenbericht und Bestätigung seitens der Revisoren wurde dem Kassierer Decharge erteilt. Alsdann wurde noch über die stattgefundenen Konferenzen in Köln berichtet. Die Neuwahl des Vorstandes ergab: Kollege Bergmann erster Vorsitzender, Krengel erster Kassierer. Den Mitgliedern wurde noch ein gesagt, wie es jetzt notwendig ist, die Verhandlungen stets zu besuchen und in der Agitation nicht eher zu ruhen, bis auch der letzte Mann organisiert ist.

Niederschlesien. Am 5. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Den Geschäfts- und Kostenbericht gab Kollege Dahn. Wir haben dennoch ganz gute Fortschritte zu vermelden. Der Kassierer wurde Decharge erteilt. In die Ortsverwaltung wurden folgende Kollegen gewählt: Kollege Dahn 1. Bevollm., Kollege Herbst 2. Bevollm., als Bevollm. die Kollegen Munat und Hentschel. Revisor: Kollegen Richter, Käßel und Müsse. Kartelldelegierte: Kollegen Pomper und Schlabs. Hierauf sprach der Gauleiter über. Unser Verband im Jahre 1905. Er wies darauf hin, daß es Pflicht der Kollegen ist, fest zusammen zu halten und stets neue Mitglieder für den Verband zu werben. Die Debatte war eine sehr rege.

Es kamen verschiedene Missstände bei der Firma Gebr. Jenisch zur Sprache. Dort scheinen die Bestimmungen der Gewerbeordnung der Firma böhmische Dörfer zu sein. Wagt einer etwa eine eigene Meinung zu äußern, wird er

ganz einfach hinausgeworfen, wie das zu dem Fest der Weile mehrere dort beschäftigten Kollegen ergangen ist. Wie werden ein sehr wachsames Auge auf diesen Missstand beobachten müssen, umso mehr, da die Bevölkerung garnicht zu sehen scheint, daß fast jeden Sonntag dort gearbeitet wird, obwohl sich Herr Jenisch den Anschein giebt, ein sehr strommer Mann zu sein. Nachdem noch verschiedene Anfragen erledigt wurden, schloß der Vorsitzende die gut besuchte Versammlung.

Berichtigung.

Breslau. Von Herrn Joseph Kahler-Breslau erhalten wir nachstehende Berichtigung, die wir, nicht, weil wir dazu verpflichtet, sondern ihrer Originalität wegen zum Abdruck bringen.

Breslau, den 27. Januar 1906.

An die Redaktion des „Courier“

Berlin SO. 16.

Die Redaktion ersuche ich auf Grund des Preßgesetzes um die Ausnahme folgender Berichtigung des unter der Überschrift „Breslau“ in Nr. 1 Ihrer Zeitschrift am 14. d. J. auf Seite 7 veröffentlichten Artikels:

1. Daß der Schaffsche die Zeitung schänkt, ist unhöflich und kann nur gerade das Gegenteil befürchtet werden. Das Auszähln des Lohnes in der Kneipe geschieht zum größten Teil im Kontor und nur da wo der andere Teil der Arbeiter das Auszähln in der Kneipe müssen, zahlt es mein Schaffs. (Von uns gesworen, da uns der Sinn dieses Saches nicht ganz klar ist. D. R.)
2. Bezuglich der Stallwache bemerkte ich, daß auch diese Angaben des „Courier“ unhöflich sind. Es ist unhöflich, daß möglichst des Nachts Stallwache gehalten wird und hierzu 4 Mann gebraucht werden, währ' ich hingegen, daß Sonn- und Feiertage nichts Stallwache gehalten wird und hierzu jedesmal nur 1 Mann beansprucht wird. Bei 18—19 Pferden kommen also im Jahre auf den Mann 3 Stallwachen nach voran eingangenen im Rubetage, während noch den frustinierten Behauptungen auf jeden Pferd 80 Stallwachen im Jahre kämen. Ein Pferd zum Gütern hätte, im Wachdienst für unzählige, da, so ist es doch, der Kutscher die ganze Nacht ... (D. R.) Ich habe schläft, statt zu wachen, dann wäre es eben keine Stallwache mehr und der Kutscher würde den ihm anvertrauten Dienst eben nicht versehen.
3. Wenn behauptet wird, daß die Stallwache nichts bezahlt wird, bemerkte ich, daß ich gerade für meine, im Wochenlohn angestellten sämtlichen Kutscher verschieden schwellige Kosten übernommen habe, indem ich für diese das ganze Jahr hindurch die Kosten für die Kutscher, die kein Dienstleistungserbringung aus meiner Tasche verbrauchen, die Kutscher also hierzu nicht einen Penny zahlen, was bei anderen Firmen nicht immer der Fall ist, da müssen die Leute ihren Anteil dazu geben. Außerdem erhalten die Kutscher von mir vollständig freie Dienstleistung. Weihnachtsgrätziflaktionen und je nach nach dem Dienststeller im Krankheitsfalle freiwillige Unterstützung.
4. Es ist ferner unhöflich, daß ich Sonntags während der Kirchzeit arbeiten lasse, ich habe im Gegenteil dieses meinen Leuten verboten. Wenn nun tatsächlich einzelne Leute arbeiten, so sind es Kutscher, welche sich ihrer Geschäfte putzen und die Kirchzeit hierzu eigenmächtig benützen.

5. Was die Anstellung mit täglicher Rundigung anbelangt so bemerkte ich, daß diese hier bei den Fuhrgefäßen ortsfestlich ist und liegt eine Ungerechtigkeit gegenüber den Arbeitnehmern insofern nicht vor, als diese, wenigstens bei mir, von demselben Recht Gebrauch machen können.

Doch die Zustände bei mir schließlich nicht gar so schlecht sind, beweist wohl auch der Umstand,

dass meine Leute durchschnittlich über 10 Jahre

der Mann bei mir in Diensten stehen und daß es

zu den besten zählen, wenn einer meiner

Leute selbst den Dienst aufsucht.

Hochachtungsvoll

Joseph Kahler.

Nun fragen wir aber um alles in der Welt, was berichtigst Herr Kahler? Behandlung der Arbeiter durch den Schaffs kann man verschiedener Meinung sein. Unsere Gewährleute und wir mit ihnen, können dieselbe eine humane nicht nennen.

Die Lohnzahlung in der Kneipe wird von Herrn K. nicht bestreitet. Weiß Herr K. nicht, daß dies, auch wenn es mit Einwilligung der Arbeiter geschieht, ungesehlich ist?

Bei Schilderung des Stallwachdienstes ist uns allerdings ein Irrtum unterlaufen. Es stimmt, daß dieser Dienst nur des Nachts zu Sonn- und Feiertagen und durch einen Mann versehen wird. Herr K. ist aber, wenn er behauptet, daß dem Arbeiter, welcher Stallwache verleiht, ein Ruhetag gewährt wird. Die Arbeiter selbst haben davon nichts bemerkt. Oder ist dies eine Anordnung, die wohl von der Geschäftsleitung gegeben, von den ausschließenden Beamten — wie Schäfer — aber hintertrieben wird?

Zu den übrigen hierzu gemachten Aussführungen des Herrn K. noch ein Wort zu verlieren, erläutert sich wohl und überlassen wir dieselben der Beurteilung unserer Leser.

Die von uns kritisierte Sonntagsarbeit will Herr K. verbieten. Dieselbe findet aber trotzdem statt, wird auch durch K. nicht bestreitet. Was die freiwillige Leistung derselben betrifft, ist wohl zur Genüge bekannt. Eine alte Regel ist, wer des Sonntags nicht freiwillig

arbeitet, kann in der Woche unfreiwillig feiern.

Alle weiteren Punkte sind mehr nebenächlicher Natur. Was die Zahlung der Verhörmungsbeiträge für die Arbeiter aus der Tasche des Herrn K. betrifft, desgleichen die gerümschten Wohlfahrtslehrungen, Gratifikationen, Unterstützungen etc. etc., so richten wir an Herrn K. mal die Frage: Durch weichen Arbeitskraft wird der Betrieb überaupt unterhalten? Sind es nicht die Arbeiter, die ihn erst durch ihre Arbeit dazu in die Lage seien?

Vielleicht ist Herr K. auch noch so freundlich, uns nachstehende Fragen zu beantworten resp. Mitteilungen, die uns gleichfalls übermittelt sind, zu berichtigten.

1. Warum erhalten die Arbeiter, die noch im November 1905 22 M. pro Woche erhalten, Anfang Dezember nur 20 M., Mitte Dezember nur 19 M., in der Neujahrswoche 16 M. etc., Anfang Januar 18, 19 M. pro Woche und in der letzten Januarwoche 17,50 M.?
2. Sind unter denjenigen Leuten, die 10 Jahre und darüber in dem Betriebe beschäftigt sind, Arbeiter?
3. Wieviel Leute können überhaupt auf eine ununterbrochene Tätigkeit bei der Firma Jos. Kahler zurückblicken?

Mitteilungen des Zentral-Vorstandes.

Verloren gegangen ist das Mitgliedsbuch Hauptnummer 40484, dem Kollegen Heinrich Kaufmann, Sangerhausen, gehörnd. Falls das Buch vorgezeigt werden sollte, ist es anzuhalten und an den Unterzeichneten einzusenden.

Da ein Teil der Verwaltungsstellen die Abrechnung für das 4. Quartal 1905 noch nicht bewerkstelligt resp. eingesandt hat, so erüben wir die betreffenden Ortsverwaltungen und Revisoren nunmehr dringend, das Verblümte sofort nachzuholen. Bei der Einsendung der Abrechnungen müssen auch die Aufnahmescheine vom 4. Quartal mit eingesandt werden, die die Angaben derselben — wie wir schon wiederholte mitteln — noch als Material zum „Oster-Kongress“ Verwendung finden sollen.

Ferner stellen wir mit, daß eine größere Zahl von Ortsverwaltungen noch mit der Einsendung des Tätigkeitsberichts vom 8. und 4. Quartal im Rückstande ist; auch die sofortige Einführung dieser Berichte ist dringend nötig. Dieser Nummer liegt bei ein Bittular (Nr. 24) wichtige Tungen über den Kongress der Handelschiffsschaffter.

Ferner liegen dieser Nummer bei: a) Fragebogen betr. Beziehung der Sonntagsarbeit; b) den 8 Uhr-Saden-

schluß; c) den 6 Uhr-Wochenschluß.

Neben die Wichtigkeit der in diesen Bögen enthaltenen Fragen, sowie der Zeit der Retourierung siehe die Anmerkungen im Bittular Nr. 24.

Eine neue Verwaltungsstelle wurde gegründet am 10. Dezember 1905 in Weener. Vertrauensmann ist G. Antonius in Weener.

Das Mitgliedsbuch Haupt-Nr. 29822, Paul Fischer, Bittau, ist verloren gegangen.

Mit kollegalem Gruss

Der Zentral-Vorstand.

J. A. Oswald Schumann, Berlin SO.
Engel-Ufer 21, I.

NB. Alle den Verband und die Agitation betreffenden Schriften sind an obige Adresse zu richten. Alle Gelde sind an den Hauptkassenreiter Kollegen Carl Kahler, Berlin SO., Engel-Ufer 21, I. einzuführen.

Bekanntmachung.

Achtung! Mitgliedschaft Leipzigs!

Wie aus Nr. 2 des „Courier“ erschlich, wurde eine ständige Kommission eingesetzt, welche die Geschäfte bezügl. der Sonntagsarbeit zu kontrollieren hat.

Diese Kommission ist zusammengetreten und hat zum Obmann den Kollegen Welzel, wohnhaft L. Plagwitz, Welfenstraße 47 b, 3. Etage 1, bestimmt.

Als Stellvertreter fungiert der Kollege Schäfer, L. Lindenau, Aurelienstr. 47, 4. Etage. Alle Überbreitungen der Sonntagsarbeitsbestimmungen sind entweder im Bureau oder bei den betreffenden Kollegen so zeitig zu melden, daß Gelegenheit gegeben ist, das Unternehmertum bei Überbreitung der gesetzlichen Bestimmungen zu überraschen und zur Anzeige zu bringen.

Nur durch die Unterstützung der gesamten Kollegen-Schaft wird es der Kommission gelingen, die ihr gewordene Aufgabe in zufriedenstellender Weise zu lösen und bitten wir dies beachten zu wollen.

Die Ortsverwaltung.

Sterbetafel des Verbandes.

Gestorben sind:

- In Breslau die Kollegen Herm. Richter und Friedrich Dom.
- In Gotha der Kollege Max Leopold.
- In Wittenberg L. der Kollege Christian Donath.
- In Görlitz die Kollegen Ernst Pohl und Willy Fischer.
- In Halle a. S. die Kollegen Kurt Gastein, Paul Drisch und Willy Ebel.
- In Gildesheim der Kollege Karl Lemme.
- In Leipzig der Kollege Max Grunwald.
- In Magdeburg die Kollegen Ferdinand Löper und Friedrich Baumgärtel.

Erreihen Ihnen Andenken.

Die Ortsverwaltungen.

Verantw. Redakteur u. Verleger: A. Brügge, Rummelsburg. Druck: Maurer u. Dimmick, Berlin, Louisen-Ufer 11.

Öffentliche und Mitglieder-Versammlungen.

Altenburg. Am 14. Januar tagte unsere sehr gut besuchte Generalversammlung. Abrechnung vom 4. Quartal. Kassenbestand vom 8. Quartal. 881,42 Mf. Gesamteinnahme vom 4. Quartal. 1417,60.

Ausgabe im 4. Quartal. 407,46 Mf. In die Hauptversammlung geführt. 1059,67. Bleibt ein Bestand von 781,89.

Summa 2249,02 Mf.

Den Jahresbericht von 1905 gab der Kollege Mengel und erläuterte, daß der Verband auch in diesem Jahre viel geleistet hat, was allseitig mit Beifall aufgenommen wurde. Nun folgte die Gutschriftsverhandlung.

Als erster Vorsitzender wurde Kollege Mengel, als zweiter Vorsitzender August Hölz gewählt; als erster Kassierer Paul Nähnig, Trepplingasse 7, als zweiter Kassierer Ernst Köhler; als Schriftführer wiedergewählt R. Döring; als Revisorin Albin Hujner, Arthur Knipper, Theodor Hujner. Ausschugsmitglieder: Franz Dötz, Ernst Bohne, Edwin Rauschenbach und Albin Niedler. Kartelldelegierte: Alfrid Mengel und August Hölz. Beschwerdekommission: Albin Hujner, Arthur Hujner, Edwin Rauschenbach und Jakob Petzel.

Es kamen noch verschiedene innere Angelegenheiten zur Sprache, die glatt erledigt wurden, hierauf schloß Kollege Mengel die Versammlung.

Charlottenburg. Am 14. Januar hielt die hiesige Verwaltungsschule ihre Generalversammlung ab.

Aus dem Geschäftsbericht ist zu konstatieren, daß das Arbeitsfeld im vergangenen Jahre ein großes war. Der Bevollmächtigte befürchtete eingehend die Täglichkeit der Verwaltung, seit ihrem Bestehen am Orte. Unter punkto Differenzen und Lohnbewegungen im Geschäftsbereich befinden sich folgende Firmen: Wm. Rückmann, Hugo Joske, Herling, Konsum-Verein Siemens & Halske, Franklinstraße, Neumünster, Siemens & Schuckert.

Redner weist dann darauf hin, wie oft von unserer Seite der Versuch gemacht worden ist, die Brudervereine herüber zu ziehen, bis dato aber vergebens. Alles dieses legt uns, unbedingt auf dem Posten zu sein und hauptsächlich auf die Fuhrbetriebe das Augenmerk zu richten. Hierauf gab Kollege Rosenkranz den Kassenbericht, welcher sich folgendermaßen gestaltete:

Ginnahme:		
Kassenbestand vom 8. Quartal.	705,75 Mf.	
Eintritte 218 à 1 Mf.	218	
Wochenbeiträge 8816 Stck.	8406,40	
226 à 20 Pf.	45,20	
5 à 80	1,50	
Gitarbeiträge 1794 à 40	717,80	
bito 75 à 20	15	
Beiträge zum örtl. Fond 25	4,75	
Dubilitat 1 Stck. à 20 Pf.	0,20	
Protokoll. 14 à 25	8,50	
Sonstiges	25,40	
Gesamt		5188,80 Mf.

Ausgabe:		
Krankenunterstützung	15,80 Mf.	
Erstaunterstützung	85	
Reiseunterstützung	1,-	
Verwaltungsausgaben:		
Verbindliches	282,25	
Sächsisches	870,77	
Versammlungen	10,20	
Posto und Drucksachen	81,86	
Festohalt	50,80	
Sonstiges	27,50	
Hauptposte	8828,85	
Kassenbestand	685,27	
Gesamt		6188,80 Mf.

Kassenbestand 1901 bis 1905:		
1901	86,97 Mf.	
1902	78,80	
1903	277,89	
1904	582,86	
1905	685,27	

Mitgliederbestand 1901 bis 1905:		
1901	52 Mitglieder	
1902	78	
1903	244	
1904	450	
1905	900	

Büroarbeitigkeit:		
Eingänge an:	180 Stck.	
Briefe	128	
Karten	2	
Drucksachen	—	
Päckte	1	
Depeschen	—	
Gesamt		811 Stck.

Aussgänge an:		
Briefe	611 Stck.	
Karten	791	
Drucksachen	1888	
Päckte	1	
Anweisungen	5	
Gesamt		2686 Stck.

Schriftstücke wurden angefertigt 124 Stück. Auskunft wurde erstellt an 165 Mitglieder. Petitionen und Eingaben an Behörden s. 5 Stck. Vertretungen vor Gerichte in 2 Fällen.

Öffentliche Versammlungen und Sitzungen fanden statt: Deßentliche Versammlungen 17, Mitgliederversammlungen 14, Beschlüssen 185, Vorstandssitzungen 49, Vertrauensmännerversammlungen 18, Kommissionsitzungen 12, Verhandlungen 4.

Differenzen und Lohnbewegungen hatten wir 8.

Unterstützungen:		
" Krankenunterstützung	29,90 Mf.	
" Reiseunterstützung	8,50	
" Sterbeunterstützung	88	
" Erstaunterstützung	197	
" Streunerunterstützung	02	
Erfolge durch Eingreifen der Organisation:	28	
a) Unfallsachen	17 Fälle	
b) Strafsachen	14	
c) Gewerbeschäden	15	
d) Reklamation	9	
e) Sonstiges	28	

Als erster Vorsitzender wurde Kollege Gebert, zweiter Vorsitzender Fr. Bergmann, erster Kassierer er bis auf weiteres Rosenkranz, zweiter Kassierer Fr. Bogen, erster Schriftführer Decel, zweiter Schriftführer Fr. Groß, Beißleiter: Joh. Weber, M. Panet, R. Niemann, Revisorin: R. Hirschfeld, Goldberg, Scarabé, in die Volkshaus-Kommission Böhlentien gewählt.

Im Verschiedenen wurde ein Antrag, den Kollegen Fürstenberg wieder in die Organisation aufzunehmen, angenommen. Ebenfalls wurde ein anderer Antrag, eine Kommission zu wählen, welche verpflichtet wird, nach ausreichender Einflussnahme, sowie angenommen und wurden hierauf die Kollegen Druschke, Schuffenhauer, Mühlstädt und Engelmann bestimmt.

Chemnitz. Am 14. Januar tagte unsere diesjährige ordentliche Generalversammlung. Den Jahresbericht erläuterte der Vorsitzende. Derselbe wies in seinen Ausführungen darauf hin, daß das verflossene Geschäftsjahr ein zwar ungünstiges, trotzdem aber sehr arbeitsreiches gewesen sei. Veranstaltungen haben es stattgefunden und zwar: acht Mitglieder, drei General- und 16 öffentliche Versammlungen und eine Kommissionsitzung, sowie 10 Betriebsbesprechungen, auch mußte ein Schiedsgericht abgehalten werden. Der Geselligkeit wurde Rechnung getragen durch Abhaltung eines Balles, eines Familienabendes, sowie eines Ausfluges. Der Erfolg der öffentlichen Versammlungen, welche hauptsächlich der Agitation galten, war nur ein geringer, indem dieselben trotz der aufgewandten Mühe zum Teil sehr schlecht besucht waren. Am erfolgreichsten waren die Betriebsbesprechungen. In den Mitgliederversammlungen, welche verhältnismäßig am besten besucht waren, wurden teils wissenschaftliche, teils gewerkschaftliche Vorträge gehalten. Gegenwärtig ist eine Petition an die Postbehörde zwecks 7 Uhr Postschluß in Vorbereitung. Eine aufgenommene Statistik über „was lesen unsere Kollegen“ führt zu einem sehr beindruckenden Resultat, indem von den circa 800 ausgegebenen Fragebögen nur 115 wieder eingetragen wurden. Die Mitglieder leiden nur 51 der Arbeiterzeitung, während die übrigen Kollegen bürgerliche Zeitungen lesen. Die Fluktuation der Mitglieder war im vergangenen Jahr eine sehr große, den 148 Eintritten standen 222 Austritte gegenüber, unter den Austritten befindet sich eine große Zahl, welche wegen Steuerabschlägen gestrichen werden mussten. Mit dem Wunsche, daß das neue Geschäftsjahr ein besseres werden möge, schloß der Bevollmächtigte seine Ausführungen. Hierauf gab Kollege Langrock den Kassenbericht. Danach betrug die Gesamteinnahme 4900,87 Mf., die Gesamtausgabe 4228,80 Mf., sobald sich der Kassenbestand auf 696,91 Mf. erhöhte. An Kranunterstützung wurde an 18 Kollegen die Summe von 212,50 Mf. für 368 Tage bezahlt. An Arbeitslosenunterstützung erhielten acht Kollegen für 169 Tage 48 Mf. Die Diskussion zum Jahresbericht gestaltete sich ziemlich lebhaft. Nachdem der Antrag der Revisorin, dem Kassierer Entlastung zu erteilen, einstimmig angenommen war, erfolgte die Neuwahl des Ortsvorstehers. Gewählt wurden folgende Kollegen: Zum ersten Bevollmächtigten P. Haupt, zum zweiten Bevollmächtigten O. Fischer, zum ersten Kassierer M. Langrock, zum zweiten Kassierer C. Beyer, zum Schriftführer M. Geipel, zu Bevollmächtigten G. Götzsch, P. Siegler, M. Liebers und E. Richter, zu Revisorin M. Lange und P. Decel.

Nach einem kräftigen Schlußwort des Gauleiters, in welchem er das laufende Verhältnis der hiesigen Kollegenschaft gelehrt, sowie auch die Handlungswelt einiger in Konkurrenz stehender geschäftiger Kollegen tabelliert, erreichte die gutbesuchte Versammlung ihr Ende.

Hoffen und wünschen wir, daß das kommende Jahr ein erfolgreicheres ist, als das vergangene war, dazu bedarf es aber eiserner Ausdauer in der Agitation und Einigkeit unter einander, wenn sich jeder einzelne Kollege dieses anlegen sieht, dann werden und müssen wir auch in Chemnitz das erreichen, was bedeutend kleinere Orte schon längst erreicht haben.

Dresden. Eine öffentliche Versammlung der in Warendörfern beschäftigten Verkäuferinnen, Marktmeisterin etc. tagte am 18. Januar in den Reichshallen, Palmitrage. Die Versammlung war eindeutig vom Zentralverein der Handlungsgesellen und Gehilfinnen und vom Centralverband der Handelshand und Transportarbeiter. Über die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Handelsangestellten referierte Herr Julian Borchardt aus Königsberg i. Pr. Weiters für seine überaus trefflichen Ausführungen den lebhaftesten Beifall erntete. Über den zweiten Punkt der Tagesordnung: „Die Entlassungen von organisierten Angestellten bei der Firma Hirschfeld“ sprach der Bevollmächtigte. Redner führte aus, daß Verkäuferinnen gefündigt und entlassen wurden, die schon über zwei Jahre zur vollen Zufriedenheit gearbeitet haben, ebenso drei Marktmeister. Die Gründe in den einzelnen Fällen sind mehr als kleinlich. Eine erste Verkäuferin wurde deshalb entlassen, weil sie die Dreistigkeit befaßt, sich abends nach 10 Uhr zu legen, nachdem sie den ganzen Tag schwer gearbeitet hatte, es war vor Weihnachten. Diese Entlassung wird dadurch erklärlich und für die Firma H. bezeichnend, wenn man weiß, daß die betr. Verkäuferin 95 M. Gehalt bezog und daß die Firma das Bestreben hat, die teuren Arbeitskräfte loszuwerden und sie durch billige zu ersetzen. Bei den Marktmeistern liegen die Entlassungsgründe noch krafter. Ein Marktmeister wurde entlassen, der nach 25jähriger Tätigkeit, den hohen Lohn von 12 M. erhielt. Die anderen zwei Marktmeister bekamen 18 M. pro Woche.

Als die Entlassenen nach dem Grunde der Entlassung fragten, wurden sie von Herrn Oppenhei. M. Mitinhaber der Firma Hirschfeld, mit den größten Schimpfworten beleidigt, wie Hammel, Kübel usw. Einem Marktmeister wurde gesagt: „Sie Äffe, ich schlage Ihnen ein paar hinter die Ohren.“ Zum Schluß sagt der Redner, heute gebe es zu diesen unerhörten Vorgangen Stellung zu nehmen und dagegen zu protestieren. Wir können nicht zugeben, daß man Angestellte wegen Zugehörigkeit zur Organisation entlässt.

Wenn die Firma Hirschfeld glaubt, daß durch der Organisation Arbeit zu tun ist, so läßt sie im Interesse der Angestellten halbte treu zur Sache. (Vorfall) In der Debatte teilte Herr Hirschfeld mit, daß eine Direktion bei den Verkäuferinnen nachforschte, ob sie die „Sächsische Arbeiter-Zeitung“ lesen. Zu welchem Zweck dies geschieht, sei nicht schwer zu erraten. Frau Allegand glaubt, die Firma H. möse in ihrem Geschäft Ruhe haben. Das laufende Publikum könnte ja bei solchen Missständen dafür sorgen, daß die Firma H. keine belästige, aber in anderer Weise. (Vorfall).

Die unhandbare Aufgabe, die Firma zu verteidigen, übernahm deren Rayonchef H. Benz. Er behandelte, um den unterstellten Verkäuferinnen sehr gut, es sei aber zu bedenken, daß in einem so großen Betriebe immer etwas vorzukommen. Bereitend der Entlassungen konnte Herr B. nichts Wesentliches berichten. Ein Marktmeister sei entlassen worden, weil er sich Kolonialwaren angezeigt hätte.

Zum Schluß gibt er den Organisationen den Rat, sich bei solchen Beschwerden direkt an die Firma zu wenden, und nicht gleich an die Oeffentlichkeit zu gehen.

Überhaupt betrifft die hohen Strafen, die wegen einer Minutenzulässigkeit verhängt werden. In jedem einzelnen Falle 25 Pf.

Eine entlassene Verkäuferin schildert den Grund ihrer Entlassung folgendermaßen: Vor Weihnachten war die Arbeit eine sehr anstrengende. Eines Abends um zehn Uhr hätte sie sich gelegt, um kurz auszuruhen. Um die Uhr unterstellte sie sich eine 15 Jahre alte Verkäuferin hat sie zum Ausruhen aufgefordert. Deshalb die Entlassung. Die gesetzlich gewährteleiste Sorgegelegenheit ist zwar vorhanden, wer sie aber benötigt, der liegt.

Mrs Richter widerlegt die Angaben des Herrn Benz. Nicht die jüngsten Marktmeister sollen laut Tarif entlassen werden, sondern die jüngste Eingesetzten.

Gen. Borchardt kommt nochmals auf seinen Vortrag zurück und sagt, gerade dieser Fall beweise das so viel geprägte harmonische Verhältnis. Es sprach noch ein Marktmeister, welcher erläutert, er habe nicht Kolonialwaren genommen, sondern nur eine Tafel öffentlich verteilt, seiner Frau Dorothea, Herrn Dornstein und Herrn Benz.

Im Schlußwort meint Genosse Bergmann, daß aus den Verhandlungen ungewöhnlich herausgekommen ist, ebenso wie bei den Entlassungen im vorigen Jahre nach der Bewegung der Hausdiener.

Zum Schluß wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Am 18. Januar 1906 in den Reichshallen stattfindende öffentliche Versammlung beschließt nach den Ausführungen des Referenten und eines Vertreters der Firma H. Hirschfeld: Die Vertreter der Handels- und Transportarbeiter werden beauftragt, mit der Firma Hirschfeld in Verbindung zu treten, um befehlende Maßnahmen abzustellen und eine Abänderung der harten Bestimmungen der Arbeitsordnung herbeizuführen zu versuchen. Das Ergebnis ist einer später stattfindenden Versammlung bekannt zu machen.“

Freiburg i. B. Am 9. Dezember hatten wir eine öffentliche Versammlung einberufen, in welcher ein Kollege aus Berlin über den Einstieg der Organisation auf die wirtschaftliche Lage unserer Berufskollegen referierte. Nachdem wir zu dieser Versammlung höchst agitiert hatten, um unserem Kollegen eine große Aufmerksamkeit zu schenken, wurden wir leider enttäuscht, denn nicht ein einziger von den nicht organisierten Kollegen war erschienen, nur unsere Mitglieder waren da. Der Referent sprach in ständigem Vortrage über die steigenden Teuerungen der Lebensmittel, Wertspreize und die geringen Löhne und welchen Druck sie auf unsere Kollegen ausüben, daß dieser Sachen nur dann entzogen werden kann und wir nur dann bessere Verhältnisse zu erwarten haben, wenn wir uns zusammenschließen zu einem großen Ganzen und gemeinsam vorgehen, denn ein einzelner ist machtlos und nur zusammen sind wir stark.

Die Ausführungen des Referenten ernteten lebhaften Beifall.

Unter „Verschiedenes“ stellt ein Mitglied den Antrag auf Erhebung eines Widerstandsbeitrages von 25 pfennig, um unsere Kollektive zu stärken. Allein auf Rücksicht unserer kleinen Mitgliederzahl und unserer sehr schwierigen Agitation wurde davon Abstand genommen und dafür der Beitrag des Berliner Kollegen, der Übertritt in die zweite Beitragstufe von monatlich 35 Pf. einstimmig angenommen.

Nachdem noch der Referent die Kollegen ermahnt hatte, sich und freu zum Verbande zu halten und darüber weiter zu agitieren, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Heiderheim, 8. Dezember 1905. Bei den vielen Fabrikleuten, Ausläufern und Badern, die hier anfänglich sind, hätte die erste Transportarbeiterversammlung besser beginnen können. Der Referent wies auf die Organisationsbestrebungen aller Arbeitertypen hin, so auch in neuester Zeit auf die Transportarbeiter. Hauptsächlich gefiel es die überaus traurigen Zustände, welche in diesem Gewerbe heute noch bestehen, wies auf miserablen Verpflegungs- und Lohnverhältnisse bei den Fabrikleuten hin und empfahl den Anwesenden den Anschluß an die Organisation; nur innerhalb dieser könnten diese Missstände abgeschafft werden. Ein Beispiel dafür sei der Kleindöbel ausgedrohene und schnell beigelegte Konflikt der Marktmeister. Deshalb müßte auch unter den hiesigen Fabrikleuten die Parole für die Zukunft lauten: „Gehen in den Transportarbeiterverband!“ Daraufhin hat sich eine ansehnliche Zahl von Fabrikleuten zum Verbande gemeldet, so daß eine Bühne gegründet werden konnte. Neuanmeldungen nimmt Flaschenbierdändler Fr. Reißer, Hessestraße 8, entgegen.

^{*)} Hierunter ist auch örtl. Kfz.-Unterstützung verbucht. ^{†)} Hierunter sind auch Kartell-Sekretariatsbeiträge verbucht. ^{‡)} Hierunter sind auch Beiträge für den Streit- und Gewährungsgegen- fonds verbucht. ^{§)} 82 Extrasteuern à 80 Pf. ^{¶)} 14 Extrasteuern à 80 Pf.

Zugentfernt für Reisen	Ort	Bsp. der Reisegebühr	G in a n a b e												R u s s g a b e												Summe						
			B e f r u n g			B e f r i e g			B e f r i e g			B e f r i e g			B e f r i e g			B e f r i e g			B e f r i e g												
			M	d	s	M	d	s	M	d	s	M	d	s	M	d	s	M	d	s	M	d	s	M	d	s							
124	Lüdenscheid	33	20	49	4	83	95	—	25	34	61	—	60	143	90	—	8	82	—	675	498	210	47	50	67	11	66	143 90					
125	Magdeburg	1782	980	93	165	7042	35	1028	85	—	—	126	60	9349	73	—	20	8	36 50	1315	20	760	91	298	30	5616	1414	66	9343 73				
126	Mallnitz	90	208	15	10	247	90	18	75	—	—	—	7	484	80	—	10	19 50	12	80	—	9	—	40	4	193	26	229 43	481 80				
127	Mannheim	240	144	96	103	899	50	20	55	—	—	—	7	1175	93	71	—	16 80	9	7839	3	93	40	6377	40	4748	7281	12163	1175 01				
128	Meerane	36	28	53	2	105	—	240	—	—	—	—	—	137	93	750	—	3	11 20	—	20	—	—	3 90	6	180	87 35	16 98	137 93				
129	Meiningen	9	20	73	2	24	60	—	75	—	—	—	—	48	08	3	—	1	130	—	—	—	—	1 85	3 20	—	2036	17 38	48 08				
130	Welfsen	95	58	69	18	246	—	—	—	—	—	320	60	10	224	48	—	3	24 60	—	250	243	2	1	—	1925	60	84 66	320 80				
131	Wierberg	47	47	88	2	167	40	—	—	7	20	—	—	38	75	—	—	—	17 30	—	150	130	540	134 75	61	23	224 48	28 62	7 55	38 75			
132	Weiß	12	—	11	50	25	50	175	—	—	—	—	—	—	—	—	—	50	18 25	—	—	3	8 50	9	—	104 27	27 06	172 58	—				
133	Neufelsmüh	30	36	58	—	134	20	—	—	—	—	—	180	172	68	5	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	18 67	—	—			
134	Minden (Sphuß)	1	14	52	—	—	360	—	25	—	—	—	30	18	67	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	22 07	12 45	36 82			
135	Mittweida	10	10	72	6	20	10	—	—	—	—	—	38	92	—	—	12 20	5	18	8 10	5 50	4 20	19 84	3	165 83	—	231 87	—					
136	Wittlaichen Th.	51	3	62	6	210	30	175	10	—	—	—	231	67	—	—	1	1 30	—	—	20	4 50	6 30	2	3	32 13	7 97	67 10	—				
137	Wittlich Ruhr	18	13	60	2	41	60	—	—	—	—	—	57	10	—	—	32 30	542	50	10 50	158 40	120 50	6 10	207	69	3452 65	1452 29	6015 93	—				
138	Wittichen	1118	1161	44	282	4549	40	32	75	—	—	—	40	34	6018	93	33	—	84 78	3 80	18	—	1 20	22	484 60	54 52	715 80	—					
139	Wittlich	215	10	179	—	526	80	—	—	—	—	—	715	80	25	—	22	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	92 33	67 14	168 27	—		
140	Münster i. W.	26	03	12	4	100	85	—	—	—	—	—	30	168	27	—	—	—	17 90	—	—	—	—	—	—	—	74 30	20 07	114 18	—			
141	Neuendorf-Now.	21	13	73	4	96	45	—	—	—	—	—	114	18	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	10 30	11 30	22 80	—				
142	Neustadt b. Cob.	4	9	60	—	18	20	—	—	—	—	—	22	80	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—			
143	Neustadt a. b. S.	29	216	43	3	27	—	—	—	—	—	—	307	58	—	—	—	1	6	27 35	—	—	1 79	40	5 20	65 22	200 02	397 58	—				
144	Niederbachem	20	—	—	—	54	30	160	—	—	—	—	55	80	—	—	—	48 56	—	15	6	1 80	—	44 85	5 35	55 80	—	—					
145	Niederfelsbach	147	197	07	32	486	60	—	—	6 90	722	57	31	—	18 48	—	—	4	379	91	117	26	16 02	43 13	2 50	400 23	237 62	1036 91	4376 78				
146	Nordhausen	74	30	31	5	225	60	—	—	—	—	—	20	261	11	—	—	—	28 50	1 20	2 10	2 20	—	5 70	—	216 11	—	—	—				
147	Österv. Berg	707	772	68	48	3121	90	433	40	—	—	80	4376	78	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—			
148	Oelsnig i. B.	15	26	98	1	46	80	—	—	—	—	—	74	46	—	—	—	2 50	7 50	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	74 46	—		
149	Offenbach Main	37	69	15	6	141	—	550	—	—	—	—	221	65	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	221 65	—	
150	Obfrau i. Sph.	8	27	47	1	27	—	—	—	—	—	—	55	47	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	55 47	—	
151	Oldenburg	30	38	21	4	93	—	650	—	—	—	—	60	36	07	—	141	71	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
152	Obnauft	5	7	37	3	24	60	50	—	—	—	—	2 10	141	50	—	—	5	3 50	—	60	4 40	1 50	4	12	—	81 23	29 22	141 50	—			
153	Obne	28	23	55	16	92	10	75	—	—	—	—	141	50	—	—	—	5	12 60	—	10 88	10 90	—	10 80	—	119 54	22 89	197 41	—				
154	Oborheim	66	28	1	143	45	12	75	—	12 40	197	41	5	—	—	—	—	5	12 60	—	15 19	—	30 07	419 71	550 51	1116 18	—						
155	Obmafens	19	32	91	8	850	2	250	—	—	—	—	111	16	—	—	—	2	11 70	4 35	—	9 25	—	1 50	85 45	55 55	169 80	—					
156	Obna	33	20	51	19	106	30	—	—	—	—	6 35	152	16	—	—	—	1	10 84	1 20	—	1 65	—	1 65	—	101 33	36 14	152 16	—				
157	Obnau	19	40	03	3	87	—	—	—	—	—	130	03	—	—	—	3 75	8 70	—	8 32	—	3 20	—	66 42	36 99	130 03	—	—					
158	Oblausen Grumb	80	223	78	3	229	70	—	—	8 85	7 50	467	81	—	5	2 40	—	3 45	1	4 98	—	1 10	30	53 25	2 94	78 80	—	—					
159	Obogned	16	9	30	—	69	—	—	—	—	—	78	30	—	—	—	18 59	12	21	43 75	—	15	—	197 22	—	305 56	—	—					
160	Obosen	150	—	7	—	258	30	526	36	01	—	—	305	56	—	—	15	1 60	60 20	—	18	—	15 19	—	30 07	419 71	550 51	1116 18	—				
161	Oboldam	131	531	97	32	516	30	780	—	—	28	11	116	18	—	—	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
162	Obueblinburg	31	45	95	8	108	60	725	—	—	—	—	160	80	—	—	—	6 50	7 50	8	—	5 40	—	7 5	4 40	10 30	107 56	38 97	184 37	—			
163	Obathenow	23	56	46	3	84	—	—	—	—	—	—	85	66	—	—	—	3	—	4	—	—	1 60	2 50	2 30	64 50	68 66	143 46	—				
164	Obawitsch	22	67	34	1	78	—	—	—	—	—	68	70	—	—	—	5	3 50	1	—	—	3 33	—	4 20	6 60	33 55	47 14	84 80	—				
165	Obreichenbach	130	80	57	1	220	40	50	—	19	—	—	267	93	—	—	1 35	12	780	8 08	—	23 25	—	18 16	217 0	157 94	267 93	—					
166	Obonneberg	58	50	18	8	190	25	10	—	—	—	—	71	10	—	—	5	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—		
167	Obonhofen	20	—	20	—	48	80	780	—	—	—	—	15	49	—	—	3 20	1	24 50	13 10	—	9 48	—	292									